Donnerstag, 26. März 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 72

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 460 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 459 03. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 4, Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" KG., Nfl. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Textil-Hungerschiedsspruch gefällt!

Textilstreik ist die Antwort!

Beruft sofort Belegschaftsversammlungen ein und beschließt den sofortigen Streik
Organisiert den Massen-Streikschutz — Zerreißt den Schandschiedsspruch

Streikt! Streikt! Streikt!

Durch einen schändlichen Schiedsspruch sollen die Elendslöhne der schlesischen Textilarbeiter weiter gekürzt werden. Die am Dienstag im faschistischen Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommenen Schlichtungsverhandlungen der Textilbarone und reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbonzen unter dem Vorsitz des berüchtigten Sonderschlichters und Lohnräubers Dr. Boelker endigten mit der Fällung folgenden Schiedsspruches:

Senkung des tariflichen Ecklohnes um 6 Prozent, Beseitigung der Akkordregulierungsklausel.

Da die tariflichen Mindestlöhne um 6 Prozent gekürzt werden sollen, ist der Lohnabbau in den Fällen, wo die tatsächlich gezahlten Löhne über der Mindestgrenze liegen, noch höher wie 6 Prozent. Die Garantierung eines Akkorddurchschnittsverdienstes fällt weg. Dadurch bekommen die Textilunternehmer die Handhabe, bei weiterem Druck der Akkordpreise die Akkordverdienste trotz ärgster Schufterei der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen noch unter die Stundenlöhne herabzudrücken. Dadurch soll den Unternehmern der geforderte

Lohnabbau von über 20 Prozent

gesichert werden.

Dieses freche Diktat des kapitalistischen Dreibundes, Unternehmer, Staatsapparat und Bürokratie ist um so empörender, als bereits in der Vergangenheit die kargen Löhne gekürzt wurden und die Lebenslage der Textilarbeiter wie die aller Arbeiterschichten durch die Massenbelastungen der faschistischen Regierung Brüning im Bunde mit der Sozialdemokratie bedeutend verschlechtert wurden. Die Textilarbeiter gehören zu den ausgebeutetsten und schlechstbezahltesten Arbeiterschichten. Das schlesische Textilproletariat war bereits in der Vergangenheit zu einem Hungerleben verurteilt. Auf eine solche freche Provokation gibt es

nur eine Antwort:
Sofortigen Streik!

unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der einzigen Kraft, die den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnraub und für Brot und Arbeit organisiert und führt.

Tretet sofort zu Belegschaftsversammlungen zusammen! Erteilt dem von euch gewählten vorbereitenden Kampfausschuß den Auftrag, dem Unternehmer das Ultimatum zu stellen, sich binnen 12 Stunden bindend zu erklären, daß der Schiedsspruch nicht durchgeführt wird, daß kein Pfennig Lohnabbau erfolgt, keinerlei Verschlechterung der Arbeitsbedingungen stattfindet. Nach Ablauf der gesetzten Frist tretet zu einer erneuten Belegschaftsversammlung zusammen.

Ohne eine Min[illegible] räumen, organisiert sofort die Streikfront in alle[illegible] Textilbetrieben zur Durchsetzung eurer berechtigten Forderungen

Keinen Pfennig Lohnabbau!

Hinweg mit dem Schandspruch!

Erhöhung der Akkordrichtlöhne, für Spinnerinnen um 10 Prozent!

Erhöhung der Löhne für Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren sollen die Löhne der 16- bis 18jährigen, die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren die der 18- bis 20jährigen und die im Alter von 18 bis 20 Jahren die Löhne der Arbeiter über 20 Jahre erhalten.

Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 7 Stunden täglich und 40 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich!

Gegen jede Entlassung und Ueberzeitarbeit!

Ablehnung der Bedienung von mehr als 500 Spindeln.

Ablehnung des Drei- und Vier-Stuhlsystems bei breiten Stühlen und bei Qualitätsarbeit!

Bezahlung der Schulzeit für die Jugendlichen durch die Unternehmer!

Neun Tage Mindesturlaub für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin!

Bezahlung des Urlaubs nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 vollbeschäftigten Wochen!

Formiert kühn und entschlossen die einheitliche Streikfront! Schafft den Streikschutz, organisiert die Streikschutzgruppen und den Massenstreikpostendienst! Bildet breite Streikleitungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Erwerbslosen und der Textilarbeiterfrauen!

Werktätige in Stadt und Land!

Helft den Textilarbeitern, die geschlossene Streikfront aufzurichten! **Der Schlag gegen die Textilarbeiter ist ein Schlag gegen euch alle!** Der Gegenangriff der Textilarbeiter ist ein Schlag gegen die gesamte Lohnabbauoffensive der Unternehmer.

Erwerbslose! Bildet die kämpfende Einheitsfront mit den Textilarbeitern gegen den Lohn- und Unterstützungsraub für Brot und Arbeit! Reiht euch in die Streikfront ein! Bildet gemeinsame Streikschutzgruppen!

Landarbeiter! Eisenbahner! Bauarbeiter! Arbeiter der anderen Berufsschichten! Auch ihr seid durch Lohnabbau bedroht! Die beste Kampfessolidarität ist, wenn ihr gleichfalls den Streikkampf gegen die Lohnabbauoffensive und für eure Forderungen aufnehmt.

Arbeiterfrauen! Duldet nicht, daß man durch den Lohnraub noch mehr Elend über euch und eure Kinder bringt. Stellt euch in die vorderste Front des Kampfes und verteidigt mit euren Männern eure nackte Existenz, gegen das unersättliche und brutale Unternehmertum.

Kleingewerbetreibende und Kleinbauern! Auch euch berührt der Lohnraub an den Arbeitern, denn auch ihr werdet dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Helft mit, die Streikenden und ihre Familien mit Nahrung zu versorgen!

Klassengenossen! Geht den reformistischen und christlichen Streikbruchorganisatoren den Laufpaß! Verjagt die Unternehmerlakaien aus euren Reihen! Schließt euch unter Führung der RGO. zu einer eisernen Einheitsfront zusammen!

Verteidigt die Streikfront gegen alle Angriffe

des Unternehmertums, des faschistischen Staates, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbonzen! Bildet in allen Orten Solidaritätsausschüsse, um die Unterstützung der Streikenden in jeder Hinsicht sicherzustellen. Stärkt die Kampfreihen der RGO. Unterstützt die Internationale Arbeiterhilfe, die Proviantkolonne des kämpfenden Proletariats!

Nieder mit dem Schandspruch!

Nieder mit der Lohnraubregierung Brüning!

Nieder mit den Streikbruchorganisatoren und Spaltern der Arbeiterbewegung!

Es lebe die kämpfende Einheitsfront der Textilarbeiter und aller Werktätigen!

Es lebe der Kampf um Brot und Freiheit!

Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß der schlesischen Textilarbeiter, Sitz Langenbielau.

Bezirkskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Internationale Arbeiterhilfe, Bezirk Schlesien.

SPD. für Mai-Verbot!

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes und für Arbeitsruhe am 1. Mai von der SPD. niedergestimmt. Reichstagsbericht auf der 2. Seite.

Verrat in der OS.-Metallindustrie

Metallarbeiter! Entzündet die Streikfackel!

Gleiwitz. **Die am 16. März unter Vorsitz des Schlichters für Schlesien gefällten Schiedssprüche betr. Gruppenakkordabkommen, Einreihungsliste, Arbeitszeit und Lohnregelung für die oberschlesischen Eisenhütten sind von beiden Parteien angenommen worden, so daß die Neuregelungen ab 1. April in Kraft treten.**

Der nationalistische Abstimmungsrummel ist vorüber und deshalb stoßen die Lohnräuber und ihre Lakaien gegen die Metallarbeiter vor. Auf die am Sonntag gehaltenen öligen Phrasen von Brüning, Severing, Kaschny und Franz folgt nun die harte Tatsache des Lohnraubes.

Kollegen! Hilfe haben sie den oberschlesischen Arbeitern versprochen! Und Lohnraub ist die Auswirkung dieser Versprechungen! Die Bürokratie der Metallarbeiterverbände hat mit den Unternehmern den Lohnraub-Schiedsspruch vom 16. März angenommen. Höher geht es wohl nicht mehr! Diese Bonzokratie ist so skrupellos, daß sie ohne Widerstreben dieses Lohnraubdiktat schluckt. Kollegen, wie schamlos sie mit euren Interessen umgehen, könnt ihr daraus ersehen, als sie bei den ersten Verhandlungen 20 Pfennig Schichtlohnerhöhung als Forderung stellten und jetzt für Lohnabbau zu haben sind. Das war ein Manöver, um euch hinters Licht zu führen.

Was ist zu tun?

Es gibt keine andere Antwort als wie:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Die Annahme des Schiedsspruches ist der letzte Appell zur Auslösung des Streiks. Haltet sofort Belegschaftsversammlungen ab und wählt Delegierte zu der am 29. März stattfindenden Delegiertenkonferenz mit dem Auftrag, daß die Konferenz den Streik beschließt und eine zentrale Streikleitung wählt. Die übrige Arbeiterschaft wird euch solidarisch unterstützen.

5 Proz. und 60 Pfennig pro Schicht Lohnraub

Ein schamloser Vorschlag des Wenzeslaus-Ausschusses

Neurode. Hier hat sich ein Ausschuß gebildet, der sich mit der Wiederinbetriebsetzung der Mordgrube Wenzeslaus beschäftigt. Dieser Ausschuß steht unter Führung des Direktors Gärtner und setzt sich aus Vertretern der Gemeinde zusammen. Er hat nun einen Vorschlag ausgearbeitet, um die Mordgrube wieder in Betrieb zu setzen. Dieser Vorschlag ist das Unverschämteste und Schamloseste, das Schändlichste, was bisher den Bergarbeitern geboten wurde. **In dem Vorschlag heißt es, daß die Grube in Betrieb gesetzt werden kann, wenn die Belegschaft sich einen allgemeinen Lohnabbau von 5 Prozent gefallen läßt, darüber hinaus noch einen weiteren Abbau von 66 Pfennig pro Schicht.**

Die Arbeiter lehnten dieses Ansinnen natürlich entrüstet ab, aber die Gewerkschaftsbürokratie vermied es ängstlich, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. Es gelang ihr aber noch einmal, zu manövrieren und eine Interessenvertretung der Arbeiter vorzutäuschen. Die von dem Ausschuß geforderte Urabstimmung über den Vorschlag kam nicht zustande.

SPD. stimmt für Demonstrationsverbot am 1. Mai!

Der Antrag auf Arbeitsruhe am 1. Mai niedergestimmt — Der Hungeretat der Brüning-Diktatur angenommen — Sozialdemokratische Vertrauenskundgebung für den Diktatur-Kanzler Brüning!

Berlin, 25. März (Eig. Bericht.)

Es ist unmöglich, alle Verbrechen der Sozialdemokraten der letzten Tage auf einmal zu registrieren. Wir zeigen hier nur die schlimmsten Schandtaten auf, die sich die Brüning-Sozialisten am Mittwoch im Reichstag leisteten. Die Mittwochsitzung war nämlich ausgefüllt fast ausschließlich mit Abstimmungen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes am 1. Mai.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai, indem sie gemeinsam mit den Brüningschen Diktaturparteien die Ausschußüberweisung des Antrages beschlossen.

Die Sozialdemokraten begruben selbst ihren eigenen Antrag, den 11. August zum staatlichen Feiertag zu erheben, indem sie der Ausschußüberweisung zustimmten.

Die Sozialdemokraten stimmten in der Endabstimmung dem Raubetat der Brüning-Diktatur, diesem Etat der verschärften Massenausplünderung, in allen seinen Positionen zu.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des § 218, indem sie gemeinsam mit dem Zentrum in namentlicher Abstimmung beschlossen, auch diesen Antrag im Ausschuß zu begraben.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Haftentlassung der Stuttgarter Aerztin Frau Dr. Kienle.

Die Sozialdemokraten stimmten schließlich gegen die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für den Reichs-Jugendtag und gegen die Aufhebung der Verbote kommunistischer Zeitungen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen die kommunistische Entschließung, die sich gegen den Abbau der Löhne bei den Reichsarbeitern wendet und eine 40stündige Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verlangt.

Um das Verbrechen vollzumachen, stimmten dann die Sozialdemokraten für das Ermächtigungsgesetz für den Reichsfinanzminister Dietrich, während der Zeit, wo der Reichstag nicht tagt, eigenmächtig Abstriche am Etat vorzunehmen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, die sofortige Rückgängigmachung des Schenkervertrages, durch den 150 000 Speditionsangestellte zur Entlassung kommen sollen.

Angenommen wurden lediglich die kommunistischen Entschließungen auf Aufhebung der Konsumvereinssteuer und Aufhebung des Verbots über den Verkauf von Einzelzigaretten. Aber selbst diese bescheidenen Anträge wird die Regierung nicht durchführen.

◆

Die Sozialdemokratie hat für das Verbot der Mai-Demonstration gestimmt. Zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung hat die SPD. offen gegen den Weltkampftag des Proletariats, gegen die Arbeitsruhe und gegen die Aufmärsche der Arbeiterschaft am 1. Mai gestimmt. Dieser Verrat an der mehr als vierzigjährigen Tradition der klassenbewußten Arbeiterschaft zeigt offener als vieles andere die ganze Schamlosigkeit der SPD., die die beste Stütze der Brüning-Regierung ist. Die Demonstrationsverbote, die in allen Orten unter den nichtigsten Vorwänden, zum größten Teil von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten verhängt worden sind (so z. B. in Leipzig mit dem Hinweis auf die Leipziger Messe, in Hamburg mit der „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" usw.), werden von der offiziellen Führung der SPD. sanktioniert.

Hier zeigt sich klar und deutlich, für jeden erkennbar, die Rolle der Partei der Panzerkreuzer und des Lohnraubes. So weit ist die Sozialdemokratie, daß sie offen den Traditionen der Arbeiterschaft ins Gesicht schlägt. Das Verbot der 1.-Mai-Demonstration in Berlin 1929 hat 32 Todesopfer gekostet. Ein wahnsinniges Blutbad, eine durch nichts, aber auch gar nichts begründete Polizeiattacke auf die friedliche Bevölkerung Berlins wurde verübt. Ungeheuer ist das Schuldkonto der Sozialdemokratie an diesem Blutbad, das von ihr heraufbeschworen wurde. Die Sozialdemokratie weiß genau, so gut wie die Brüning-Regierung, daß die Arbeiterschaft sich das Recht zur Demonstration am 1. Mai, das traditionelle Recht auf die Straße, nicht nehmen läßt. Sie hat es sich nicht nehmen lassen von den kaiserlichen Polizeipräsidenten und Regierungsgewalten, sie hat es sich nicht nehmen lassen von Schergen der Republik, sie wird es sich nicht nehmen lassen von der Führung der Sozialdemokratischen Partei.

Es gibt keine Wahl für die Arbeiterschaft, es gibt auch kein Zaudern und Zögern: Die SPD. bekennt sich für die kapitalistische Ordnung, bekennt sich für die Unterdrückung der Arbeiterschaft, schlägt den Ueberlieferungen, den unter ungeheuren Opfern erkämpften und ertrotzten Rechten der Arbeiterschaft ins Gesicht. Darauf kann und wird es nur eine Antwort geben, Massenflucht aus dieser Partei der Panzerkreuzer und des Verrats der Arbeiterklasse, Massenflucht aus der Partei des Lohn- und Steuerraubes, der Unterdrückung und Niederschlagung der Arbeiterschaft. Arbeiter, Werktätige, herzuuns, marschiert mit der klassenbewußten Arbeiterschaft, marschiert in der roten Front!

Im Eilschritt an die Erfüllung des Sturmplans der RGO.

Rücksichtslos und brutal rüstet das deutsche Unternehmertum, in vorderster Front die Unternehmer der schlesischen Industrie, und das Junkertum zum Lohnraub an den hungernden und bebenden schlesischen Arbeitern. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie entlarvt sich immer mehr und mehr als der Vollstrecker des Lohnraubs an den Hungerlöhnen der Werktätigen. Durch Meuchelmorde an revolutionären Führern und brutalem Unterdrückungsterror gegen die einzige Führerin der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition versucht man den wachsenden Einfluß der KPD. und der RGO. bei den werktätigen Massen zu ersticken.

Trotzdem ist der Einfluß der KPD. und der RGO. in den Reihen der Arbeitermassen, als ihre einzige Führung, ungeheuer gewachsen. Sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter sagen sich los von ihrer verräterischen Führung und sammeln sich unter dem Banner der revolutionären Einheitsfront, unter der Führung der Kommunistischen Partei und der RGO., die die einzige Kraft ist, die die Gegenoffensive gegen den Faschismus und Lohnraub führen kann.

Schon hat die RGO. Schlesien ungeheure Fortschritte gemacht, über 1000 Arbeiter sind in den letzten Wochen in die RGO. eingetreten. Der rote Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands in Niederschlesien ist heute schon die Klassengewerkschaft, die von der Mehrheit der Bergarbeiter des Hungerreviers als ihre Führung anerkannt wird.

Die größte Schwäche zeigt sich in der Schaffung eines breiten Funktionärkaders in jeder Betriebsgruppe und in jeder Stempelstellengruppe der RGO. Noch zu wenig ausgebaut ist der Kassiererapparat zur Durchführung einer geregelten Organisationsarbeit. Die Erfassung der großen Massen an den Stempelstellen, in den Betrieben erfordert die Heranziehung von Tausenden neuen Funktionären für die RGO.

Die Betriebsratswahlen, die mit aller Deutlichkeit das ungeheure Vertrauen zeigen, das die Arbeiter zu der revolutionären Führung haben, muß ausgewertet werden durch die Organisierung von Belegschaftsversammlungen. In diesen Belegschaftsversammlungen muß eine planmäßige systematische Werbung für die RGO. durchgeführt werden.

Der größte Feind zur Durchführung unserer Aufgaben ist der Opportunismus in der Praxis in unseren eigenen Reihen. (Ausweichen vor dem revolutionären Kampf und vor der Massenarbeit in den Betrieben.) Gegen diesen Opportunismus müssen die Arbeiter selbst den schärfsten und stärksten Kampf führen. Einsetzen der Kontrolle durch die Massen zur Durchführung des Sturmplanes. Die Durchführung der Kontrolle der einzelnen Betriebe untereinander muß dazu dienen, daß RGO.-Leitungen, die nicht offensiv und kühn genug an die Durchführung des Sturmplanes herangehen, durch die Masseninitiative durch die Kontrolle der Massen hinweggefegt werden.

Aus den Reihen der Anhänger der RGO. in den Stempelstellen und in Betriebsgruppen sind Stoßtrupps zur Durchführung des Sturmplanes zu bilden. Abschluß von Wettbewerben zwischen diesen einzelnen Stoßtrupps zur Schaffung von neuen Betriebs- und Stempelstellengruppen der RGO. muß als eine wichtige und entscheidende Aufgabe zur Erfüllung des Sturmplanes durchgeführt werden.

In Verbindung mit der Massenmobilisierung der Arbeiter zum Eintritt in die RGO. muß eingeleitet werden eine breite Agitationsarbeit vor den Betrieben und vor den Stempelstellen der Erwerbslosen. Sprechchöre und Agitproptruppen vor die Front! Hinein in die Versammlungen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, schafft Aufklärung über Zweck und Ziele der RGO. bei den Arbeitermassen. Organisiert den Massenumsatz der revolutionären Gewerkschaftsliteratur zur ideologischen Aufklärung der werktätigen Bevölkerung.

In der Zeit der schärfsten Verleumdung der revolutionären Bewegung durch die bürgerliche und sozialfaschistische Presse ist es notwendig, in Verbindung mit der Durchführung des Sturmplanes, tausende neue Leser für die einzelnen Industriegruppenzeitungen, tausende neue Leser für das Organ „Der Erwerbslose" zu gewinnen. Dieses sind die ideologischen Waffen zur Heranziehung und Schulung eines breiten Funktionär- und Streikführerkaders, den die RGO. zur Durchführung der Wirtschaftskämpfe braucht. Deshalb schafft Zeitungskolonnen vor den Stempelstellen, organisiert den Zeitungsvertrieb vor allen Betrieben, organisiert den Vertrieb des „Land- und Forstarbeiters" auf dem flachen Lande.

Die RGO. als die Vorstufe für rote Klassenorganisationen muß in der Vorbereitung der Landarbeiterbewegung jetzt durch eine breite Unterschriftenkampagne für den roten Landarbeiterverband schon das organisatorische Gerippe schaffen. An jedem Ort, wo 5 oder 10 Landproleten sich durch Unterschrift für den roten Landarbeiterverband entscheiden, müssen diese Arbeiter sofort zusammengenommen werden. Aus ihrer Mitte heraus wählen sich diese Arbeiter eine Leitung und bilden somit schon jetzt eine RGO.-Gruppe.

Verstärkt die Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften (insbesondere im DVV. und DTV.). Die Rebellionstimmung innerhalb der sozialdemokratischen und christlichen organisierten Arbeiterschaft ist gewaltig gestiegen. In Verbindung mit der Erfüllung des Sturmplanes, in Verbindung mit der Organisierung der Wirtschaftskämpfe müssen die Anhänger der RGO. durch Anwendung einer guten sachlichen Diskussion mit den organisierten Arbeitern diese überzeugen, daß die Bürokratie auf Tod und Leben mit dem Unternehmertum und der faschistischen Brüning-Regierung verwachsen ist, daß es für die Arbeiter keinen anderen Weg gibt, als sich loszulösen von diesen Verrätern und daß nur die RGO. und die Kommunistische Partei die einzige Kraft ist, die sie zum Kampfe gegen den Lohnraub führen kann. Eine ganze Reihe organisierter Arbeiter sind in letzter Zeit in die RGO. eingetreten. Diese Arbeiter müssen von den Leitungen zur Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit zusammengefaßt werden.

Deshalb: mit Kühnheit und Entschlossenheit vorwärts!

Die Massenflucht aus der Sozialdemokratie

SPD.-Betriebsrat kommt zur KPD.

In Berlin ist der bisher sozialdemokratische Betriebsrat in der „Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft", Heinrich Hellige, zur Kommunistischen Partei übergetreten. Ihm werden Hunderte von Bankangestellten folgen.

Genosse Hellige, der jahrelang Mitglied des Gauvorstandes des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten war, begründet seinen Schritt in einem Brief an den Parteivorstand der SPD., in dem es heißt:

„Unter Sozialisten verstand man 1847... die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die gesellschaftlichen Mißstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im geringsten wehe zu tun.

Ich habe aus Lenins „Staat und Revolution" und seinen ökonomischen Schriften die marxistische Konsequenz gezogen. Auch die neueste Literatur über den Ausbau des Sozialismus zeigt uns, daß der Weg der Kommunisten der Weg des Sozialismus für Brot und Freiheit ist. In Deutschland gedeiht unter Ihrer Obhut, Herr Wels, der Faschismus. Mein Kollege Graf wurde ein Opfer sowie die beiden kommunistischen Arbeiter in Charlottenburg. Unsere „Genossen Polizeipräsidenten" schützen diese Mörder vor der werktätigen Masse. Und Sie, Herr Wels, verhindern, daß wir Sozialdemokraten mit den kommunistischen Arbeitsbrüdern im Kampfbund gegen den Faschismus uns vereinigen.

Der Vorgang in Hamburg war für mich der letzte Anlaß, öffentlich aus der SPD. auszutreten.

Der kommunistische Abgeordnete Henning ist von den Nazis gemeuchelt worden, und Genosse Schönfelder verbietet die kommunistische Zeitung in Hamburg.

Ich trete aus der Partei aus in dem Bewußtsein, daß mit mir Hunderte von Kollegen denselben Schritt machen werden. Meine ganze Kraft werde ich einsetzen, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

Zur gleichen Zeit teile ich Ihnen mit, daß ich meinen Eintritt in die KPD. und RGO. vollziehe.

Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung

ge.: Heinrich Hellige.

Gewerkschaftsbonze schlägt Lohnraub vor:

Die Bekleidungsarbeiter lehnen Schiedsspruch ab

Die Bekleidungsarbeiter der Fabrik ABB. hatten eine freigewerkschaftliche Versammlung abgehalten, die von etwa hundert Mann besucht war. Zur Behandlung stand der Schiedsspruch. Der Gewerkschaftsbonze teilte mit, daß die Unternehmer den Schiedsspruch abgelehnt hätten, und schlug den Kollegen vor, den Lohnraubschiedsspruch anzunehmen. Auf Verlangen der Belegschaft ließ er über diesen Punkt abstimmen. Aber da zeigte sich, daß die Interessen der Bekleidungsarbeiter andere sind, als die Interessen der Gewerkschaftsbürokratie. **Für den Schiedsspruch waren nur ganze zehn Mann zu haben, die anderen waren entschlossen gegen eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung. Als die Kollegen eine Diskussion über den Schiedsspruch und über die einzuschlagenden Schritte forderten, da erklärte der Bonze: „Eine Diskussion gibt es nicht", und schloß die Versammlung.**

Die Bekleidungsarbeiter vom ABB. haben erkannt, wessen Zutreiber die Gewerkschaftsbürokraten sind, und daß sie den Lohnraub der Unternehmer unterstützen. **Jetzt heißt es vorzustoßen, die RGO. in dem Betrieb zu organisieren, und den Streik einzuleiten. Nur der Streik ist das Mittel gegen den Lohnraub, nur der Streik kann den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zunichte machen.**

Roter Landarbeiterverband in Mitteldeutschland

Am Sonntag, dem 22. März, fand in Halle die Bezirkskonferenz der Land- und Forstarbeiter Mitteldeutschlands statt. Vertreten waren 41 landwirtschaftliche Betriebe mit 1252 Mann Belegschaft durch 45 Delegierte. Außer diesen nahmen noch Gäste aus den verschiedensten Gegenden Mitteldeutschlands an der Tagung teil. **Die Konferenz bewies, daß die Landarbeiter zum Kampf gegen den Lohnraub der Junker rüsten. Ein Delegierter nach dem anderen erklärte in der Diskussion, daß die Belegschaft seines von ihm vertretenen Gutes bereit zum Streik sei. Von den Delegierten wurde die Notwendigkeit einer revolutionären Landarbeiterorganisation unterstrichen. Ein Delegierter erklärte, daß der Deutsche Landarbeiterverband im Nordhausener Gebiet ganze zwei Ortsgruppen besitze. Eine davon vertrete er. Diese sei aber aus dem DLV. ausgetreten und trete geschlossen dem Roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter bei. Die andere Ortsgruppe wird auch noch geholt werden. Einstimmig wurde dann die Gründung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter beschlossen.**

Frau Dr. Kienle in Lebensgefahr

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir bereits am Dienstag meldeten, ist die mit dem Stuttgarter Arzt Dr. Wolf zusammen verhaftete Aerztin Frau Dr. Kienle aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden in den Hungerstreik getreten. Wie jetzt gemeldet wird, ist sie dadurch körperlich vollkommen geschwächt und schwebt in Lebensgefahr.

Hallo! Sturmbrigade!
Schlesische Textilarbeiter kämpfen!
Sturmbrigade vor!

Der Kommunistische Jugendverband unterstützt den schlesischen Textilkampf mit der Entsendung einer Sturmbrigade.

Arbeiter, Jungarbeiter, reiht euch ein in die gemeinsame Sturmarbeit zur Erreichung der gemeinsamen Ziele, der revolutionären Erfolge!

Die Qualitäten folgender Marken zu diesen Preisen sind im In- und Auslande bisher noch nicht erreicht worden

Feiner Breslauer 32%, unübertrefflich in seiner Art. 1/1 Flasche **2.65** **Edelbrand** 32%, mild, aromatisch, Glas 10 u. 20 ₰ 1/1 Flasche **2.90**

Krem 32%, rassig, gehaltvoll, Glas 10 und 20 ₰ 1/1 Flasche **2.90** **Exquisit** 38%, pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack, Glas 13 und 25 ₰, 1/1 Flasche **3.25**

Fache verkauft in 20 Gaststätten / Lieferung frei Haus durch Detailgeschäft (keine Gaststätte) Ring 3, Telefon 259 37 / Preise ohne Flasche

Breslau

Dem toten Genossen Maiwald

Heute tritt unser Genosse Maiwald seine letzte Fahrt an. Der Verstorbene war ein alter Kämpfer. Schon früh trat er in die Reihen der kämpfenden Arbeiter ein. Erst in der alten SPD., die er 1918 verließ, um in der USP. zu versuchen, für das Proletariat zu kämpfen. Aber schon 1920 sah er ein, daß die von Lenin gegründete KPD. die einzige Partei für das werktätige Volk ist. In ihr hat er dann auch bis zum Tode überall seinen Mann gestanden.

Keinen Augenblick wankte er oder ließ die Hoffnung auf den Sieg sinken. In der illegalen Zeit führte er den Stadtteil Süd und war allen Genossen ein hilfsbereiter roter Kamerad. Seit drei Jahren war er Leiter der Roten Hilfe in demselben Stadtteil und hat in dieser Stellung stets seine proletarische Pflicht erfüllt. Mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg der Arbeiterklasse ist er mitten im Kampfe von uns gegangen. In seinem Geiste weiterwirken, mit diesem Gelöbnis werden die Genossen den toten Maiwald heute auf der letzten Fahrt begleiten.

Achtung! Reichs-Jugendtag Berlin!

Alle Berlin-Fahrer, die per Rad am Jugendtag teilnehmen, treffen sich am kommenden Montag 14 Uhr im „Roten Löwen" zu einer Besprechung.

Stadtteil Nord

Sonntag früh um 8 Uhr treffen sich alle Genossen und Genossinnen der Partei und Nebenorganisationen an der Rosenthaler Brücke zum Marsch aufs Land, Richtung Rosenthal-Lilienthal-Weidenhof.

Stadtteil Scheitnig

Heute um 20 Uhr findet bei Kirsch, Hirsch-, Ecke Bockstraße, die Generalversammlung der Partei statt. Alles hat zu erscheinen.

Achtung, Frauen heraus!

Die Landarbeiterfrauen rufen euch zur Versammlung am Sonntag, dem 29. dieses Monats, um 15 Uhr, in Auras. Das Auto fährt um Punkt 13 Uhr vom Neumarkt ab. Der Fahrpreis beträgt für jede Person 50 Pfennig. Karten sind zu haben in der BL. und im Büro der RGO., Breitestraße 6/7.

Frauen, beteiligt euch restlos!

Ortskomitee werktätiger Frauen.

Naturfreunde-Photosektion

Freitag, 27. März, wichtige Mitgliederversammlung. Aussprache über Artikel im „Naturfreund". Außenspiele ab 1. April jeden Freitag Stadion, Ziegeleiwiese.

Achtung! Jungkommunisten! Sturmbrigaden vor!

Jede Zelle aller Stadtteile sendet heute nachmittag 3 Uhr drei Genossen in das Büro der Jugend-BL., Antonienstr. 40. Es sind notwendige Maßnahmen sofort zu besprechen. Weiter muß dem Büro sofort gemeldet werden, wer nach Berlin fährt.

KJVD. Bezirksleitung Schlesien.

Heraus zum Kampf gegen die Abwälzung des Defizits auf die Hungernden!

Verhöhnung der Erwerbslosen

Das nennt der fromme Stadtrat Daumann christliche Praxis

Daß zwischen christlicher Theorie und christlicher Praxis meistenteils nicht bloß der dicke Bauch der Pfaffen, sondern auch die kleinen und großen Geldsäcke der Christen stehen, ist allgemein bekannt. Es läßt sich ja so wunderbar über christliche Nächstenliebe von der Kanzel herab und auch sonst an manchen anderen Orten predigen, während zum Praktizieren solcher Grundsätze das Maul nicht ausreicht; da geht es auch an den Bauch, und der darf in seinem Fettansatz nicht gefährdet werden.

Auch der Stadtrat Daumann ist ein gar frommer Mann, der bei seinem fetten Gehalt zu den Kamelen gehört, die eher durch ein Nadelöhr als in den Himmel einziehen werden. Deshalb glaubt er auch ohne weiteres berechtigt zu sein, seinen redlichen Anteil daran zu leisten, den Hungernden das Diesseits so traurig wie möglich zu machen; natürlich nur aus Neid, daß diesen Hungernden doch der Himmel reserviert ist.

Die Not dieser Anwärter auf den Himmel ist riesengroß; aber das Defizit in der Stadtkasse ist auch groß. Das Defizit auf Kosten der großen und kleinen Daumänner zu verringern geht nicht an, das verbietet schon der große Daumann Brüning. Deshalb müssen die Hungernden daran glauben. Herr Daumann hat den Wunsch, daß diese möglichst schnell in den Himmel kommen. Das beste Mittel dazu ist noch mehr Kohldampf. Das ist sein Kurs, und dieser Kurs, mit dem die Erwerbslosen absolut nicht einverstanden sind, führte am Dienstag die Beauftragten des Landeserwerbslosenausschusses unter Führung des Genossen Kiesewetter zu Herrn Daumann. Sie begegneten ihm bereits auf der Treppe und frugen nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Magistrat über vorliegende Anträge der Erwerbslosen.

Herr Daumann dekredierte: Warten! Nach einer Stunde bekamen die Wartenden den Bescheid: Der Herr Stadtrat hat keine Zeit! Ja, wenn es irgendein Kapländchen oder eine Nonne gewesen wäre, dann ... — ja, das ist etwas anderes. Die Delegation protestierte, aber ohne Erfolg. Das Reich, in dem Daumann herrscht, steht ja nicht bloß unter Gottes Schutz, sondern auch unter dem des Gummiknüppels. Man kann sich also die Abwimmelung lästiger Beschwerdeführer bequem leisten. Schon bei einer früheren Besprechung mit Daumann, an der auch Genosse Kiesewetter teilnahm, da zeigte dieser fromme Prediger christlicher Nächstenliebe, daß er auf die Not der Erwerbslosen nicht nur pfeift, sondern auch robust genug ist, sie zu verhöhnen. Er gefiel sich nämlich in allerhand ironischen Bemerkungen: Man kann nicht helfen! usw. Auch von der erfolgten Verfügung über den 10-Prozent-Abbau für Ledige wollte er nichts wissen, obwohl dies bereits praktisch durchgeführt wurde.

Was ergibt sich aus dieser Daumännerei für die Erwerbslosen? Sie müssen begreifen, daß die Stadtverwaltung im Namen der Brüning und Severing nicht bloß das Millionen-Defizit beseitigen will durch Einsparung an den Darbenden, sondern daß, wenn dies gelingt, die Stadtverwaltung dazu übergehen wird, weitere Sparmaßnahmen auf Kosten der Armen durchzuführen. Sie werden nicht etwa versuchen, die hohen Gehälter abzubauen, sondern die Wohlfahrtssätze!

Die Erwerbslosen aber sind der Meinung, daß nicht nur ihre Unterstützung, ebenso wie die der Wohlfahrtsempfänger, nicht abgebaut — sondern erhöht werden muß! Dafür müssen alle Erwerbslosen mobilisiert werden. Deshalb heraus zu den vier Protestversammlungen, die der Erwerbslosenausschuß für heute einberufen hat. Dort werden auch die weiteren Abbaumaßnahmen besprochen werden, die geplant sind. Deshalb darf kein Erwerbsloser in dieser Versammlung fehlen. Sie finden statt im Zentralballsaal — im „Bergkeller", im „Oberstrom", und für die Frauen im „Gelben Löwen"

Das Kolpingshaus exmittiert

Wir brechen auch im Lager Brünings ein

Ein katholisches Gesellenvereinsmitglied wird ausgeschlossen, weil es am 25. Februar demonstrierte

Die schwarzen Wälle, die Pfaffen und Pfaffenknechte gegen das Eindringen des „bolschewistischen Giftes" errichten, werden undicht. Die Vertröstung der Hungernden auf den himmlischen Lohn sinkt immer mehr im Kurs. Der Hunger ist nicht katholischer Konfession, aber rebellischer Natur. Die katholischen Arbeiter sehen, daß so viele zentrümliche Geldsäcke diesen Hunger immer weiter steigern. Sie sehen, wie der fromme Brüning dabei an der Spitze marschiert. Sie können es immer weniger begreifen, daß ihre „Brüder in Christo", angefangen bei Klöckner über die vielen anderen bis zum Bruder Brüning, sich bei der Förderung des Hungers wirklich nur von dem brüderlich-christlichen Gefühl leiten lassen, die Hungernden auf den Einzug ins Himmelreich nicht allzu lange warten zu lassen.

Die natürliche Folge davon ist, daß das bolschewistische „Gift" durch die frommen Schutzwälle dringt und die katholischen vom Hunger Gequälten, anstatt sich für den früheren Einzug in den Himmel vorzubereiten, in die Reihen der revolutionären Arbeiter eintreten, um sich ein besseres Leben hier auf der Erde zu erkämpfen.

Bei unseren Demonstrationen und Aufmärschen reihen sich auch die katholischen Arbeiter immer mehr ein. So war es am 25. Februar beim Reichserwerbslosentag. Einem katholischen Gesellen, der in Breslau mitmarschierte, ging schon am nächsten Tage folgender von echt Brüningscher Nächstenliebe erfüllter Ukas zu:

Katholischer Gesellen-Verein zu Breslau e. V.
Fernsprecher 514 00
Postscheckkonto Breslau 643 60

Breslau 2, den 26. Februar 1931.
Teichstraße 24

Herrn Hermann Hartmann

Hier

Da Du gestern im Umzug der Kommunisten marschiert bist und damit offiziell vor aller Oeffentlichkeit Dich als Kommunist hinstellst, wirst Du einsehen, daß wir als Kolpingsbruder Dich nicht mehr betrachten können. Das Haus des Gesellenvereins bietet Wohnung seinen Kolpingsbrüdern. Da Du durch Dein öffentliches Bekenntnis Dich selbst aus der Reihe der Kolpingsbrüder ausschließt, kündigt Dir der Hausvorstand hiermit das Zimmer, das Sonnabend, den 28. d. M. weiter vermietet wird. Ich bitte Dich also, bis dahin das Haus verlassen zu haben.

Der Hausvorstand des Kath. Gesellen-Vereins Breslau
Rieger

„**Liebet eure Feinde, tuet Gutes denen, die euch hassen**" usw. Wie schmalzig entschlüpfen diese Worte den Pfäfflein, wenn sie denselben, die Augen niedergeschlagen, verkünden: Der katholische Geselle, der gemeinsam mit hungernden kommunistischen Erwerbslosen marschierte, war bei diesem Marsch noch bestimmt kein Feind seiner katholischen Kolpingsbrüder. Aber nichtsdestoweniger. Innerhalb von zwei Tagen mußte er das Haus verlassen, in dem es in allen Zimmern, an allen Wänden von christlichen Sprüchen nur so wimmelt. Aber am anderen Tage bekam er noch einen weiteren Ukas, und der lautete folgendermaßen:

Katholischer Gesellen-Verein zu Breslau e. V.
Fernsprecher 514 00
Postscheckkonto Breslau 643 60

Breslau 2, den 27. Februar 1931.
Teichstraße 24

Herrn Hartmann

Breslau.

Es ist selbstverständlich, daß auch mit dem heutigen Tage Deine Mitgliedschaft im Gesellenverein und damit auch im Verband der kath. Gesellenvereine erlischt.

Der Präses. Rieger.

Wie faul muß es um diese fromme Gesellschaft und die von ihr vertretene Weltanschauung bestellt sein, daß sie nicht einmal den Versuch machen, den Abtrünnigen wieder zurückzugewinnen für ihre Brüningsche Kolpingsgarde. Neger in Ostafrika zu bekehren, das ist leichter, da traut man sich heran, aber wenn einmal die von ihnen Betrogenen mit dem Kommunismus in etwas nähere Berührung gekommen sind, dann läßt man die Hoffnung fahren. Sie wissen warum. Die Pforten der Hölle sollen zwar den Felsen Rom nicht erschüttern können, was festzustellen sehr billig ist. Aber vor dem Kommunismus, da kapitulieren sie sofort, wo sie mit Höllenstrafen nichts mehr ausrichten können.

Recht so. Wir konstatieren das mit Genugtuung. Es ist nicht der erste Kolpingsbruder, der den Weg zum Kampfe dem Hoffen auf den Himmel vorzieht. Auch der Schreiber dieser Zeilen war einmal ein Kolpingsgeselle. Es werden noch viele andere folgen, und so wird, wie in diesem einen Falle, eines Tages Rom von Moskau besiegt werden. Kein Pfaffe, kein Brüning und kein Herrgott wird diesen Sieg verhindern.

Der „linke" Eckstein auf Geschäftsreisen

Strehlen. „107 Nazis als Kapitalsknechte." Mit so firmierter Aktenmappe begab sich Herr Eckstein auf die Reise nach Strehlen, um dort eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Er machte sich nichts draus, unter solch betrügerischer Firmierung auf den Gimpelfang zu gehen, obwohl er weiß, daß jene 107 Nazi-Kapitalsknechte sehr eng mit der Eckstein-Firma verbunden sind. Er glaubt wahrscheinlich, daß man draußen im Lande nicht weiß, daß, als im Dezember 107 Nazis gegen die Millionärsteuer stimmten, seine Freunde nur aus Geschäftstaktik nicht dabei waren.

Aber der „linke" Herr Eckstein schätzt die Genossen auf dem Lande für noch viel dümmer ein, als dies ohnehin in der vorstehenden Tatsache bereits zum Ausdruck kommt. Inzwischen haben sich im Reichstage auch die Ecksteiner offen gegen die Millionärsteuer entschieden. Auch ein sehr primitiv entwickeltes Reinlichkeitsgefühl müßte Eckstein abhalten, trotz alledem herauszugehen, um auch jetzt noch unter der Firma: „**107 Nazis als Kapitalsknechte**" Geschäfte zu machen. Aber wie alle „linken" Phraseure hat er ein sehr robustes Gewissen, und er redete also trotzdem über dieses Kapitel; aber wie er das tat, ist ebenso bezeichnend für ihn, wie sein Beiseiteschieben jener Tatsachen, die wir bereits genannt haben. Er beschränkte sich in seiner Rede auf die Wiedergabe von Korruptionsfällen bei den Nazis.

Nun ist die Nazipartei wirklich ein Sammelbecken für alle möglichen Korruptionisten; eine ausgesprochen kapitalistische Partei kann nichts anderes sein. Aber Herr Eckstein übersieht, daß seine Partei, von dem theoretischen Schieber Fordaus auf den Bormut, gekommen, Heilmänner und Brolats eine solche Menge in ihren Reihen hat, gar nicht erst zu reden von politischen Korruptionisten à la Noske, Zörgiebel usw. Also zu moralischer Entrüstung über Nazi-Korruption fehlt niemandem so sehr die Legitimation wie der SPD. Widerlich aber mutet es an, wenn solche Moralpauken eingerahmt werden mit sentimentalen Klagen über den Weltkrieg, mit denen man für den Pazifismus werben will, während gleichzeitig die SPD. Panzerkreuzer bauen hilft.

In der Diskussion wurde dies auch dem „linken" Herrn Eckstein zum Teil von unserem Genossen Bartnick gesagt, der gleich am Eingang das Thema Ecksteins folgendermaßen umbildete: „**107 Nazis und die Reichstagsfraktion der SPD. entpuppen sich als Kapitalsknechte.**" In einer halbstündigen Rede geißelte er die Verratspolitik der SPD., indem Führer in den Versammlungen gegen den Faschismus reden und durch ihre Taten den Faschismus mit allen Mitteln fördern. Eindeutig brachten unsere Genossen zum Ausdruck, daß die kommunistischen Arbeiter nach wie vor für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern eintreten werden, aber niemals mit den sozialfaschistischen Führern.

Obwohl die Schupo-Führer vor der Versammlung erklärt hatten, daß nur 10 Kommunisten und der Sprecher in die Versammlung hinein dürfen, fanden die Ausführungen unserer Genossen reichen Beifall. Im Schlußwort versuchte Eckstein vergebens die Wirkung der Rede unseres Genossen abzuschwächen, was ihm aber nicht gelang.

Eisenbahner, heraus zur Versammlung

Am Freitag 20 Uhr findet im Lokal zur „Eisenbahn", Brieger Straße 79,

eine öffentliche Versammlung für alle Eisenbahner des Maschinenamts I der Güterabfertigung Ost, Eilgut Ost und der anschließenden Bahnmeisterei statt.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch.

Oels

Arbeiter-Kultur- u. -Sportkartell Oels

Am Freitag, dem 27. März, findet im Kartellheim eine Zusammenkunft aller derjenigen Genossen und Genossinnen statt, die bereit sind, zu dem am 19. Juli dieses Jahres stattfindenden Kinderwelttag als Gruppenleiter eine Gruppe Kinder zu übernehmen. Die Besprechung findet um 18 Uhr statt. Wir erwarten bestimmt, daß die Kartellvereine genügend geeignete Mitglieder hierzu entsenden.

Desgleichen werden diejenigen Kinder und Jugendlichen, die sich dem Schachspiel widmen wollen, hiermit ersucht, sich um 17.30 Uhr im Heim zu melden.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau, Waldenburger Bergland, Niederschlesien: Oskar Holewa, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Preißner, Berlin. Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.
Druck: „Fortschritt"-AG., Filiale Breslau.

Zuschriften an die Redaktion

sind niemals an die persönliche Adresse eines Genossen Redakteurs zu richten. Insbesondere bitten wir, keinerlei für die Redaktion bestimmte Briefe an den Genossen Biewald zu adressieren, da er nicht mehr in Schlesien, sondern in einem anderen Bezirk tätig ist.

Sprechstunde der Roten Hilfe von 12 bis 13 Uhr

Rund um den Erdball

Staatsanwalt fordert die Köpfe der Versicherungsmörder Saffran und Kipnick

„Zwei Verbrecher aus der Mörderschule Tetzners"

Moralpredigten des Staatsanwalts, aber kein Wort gegen die kapitalistischen Ursachen der scheußlichen Verbrechen

Nach zweieinhalbstündigem Plädoyer, einer typischen moralgeschwollenen Spießerpredigt, in der sich Verachtung, Abscheu und Rachedurst gegenüber den Angeklagten bis zum Brechreiz äußerte, beantragte der Staatsanwalt gegen Saffran wegen Mordversuches 6 Jahre Zuchthaus, wegen Brandstiftung 6 Jahre Zuchthaus und wegen vollendeten Mordes die Todesstrafe. Gegen den Angeklagten Kipnick wegen Mordversuches ebenfalls 6 Jahre Zuchthaus, wegen Brandstiftung dieselbe Strafe und wegen vollendeten Mordes die Todesstrafe. Gegen die Angeklagte Ella Augustin beantragte er schließlich wegen Mittäterschaft 7 Jahre Zuchthaus. Jawohl, dieser „Hüter der Ordnung" hat kräftige Worte für die „hundsgemeine Gesinnung" der Angeklagten gefunden. Aber um eins drückte er sich herum, der eiternde Herr Staatsanwalt! Kein Wort, noch nicht mal eine leise Andeutung, daß auch die scheußlichen Verbrechen der Saffran und Kipnick nur in einem System möglich waren, in dem Mordprämien, lies „Versicherungsprämien" gezahlt wurden.

Und die kleinen Schächer?

Bartenstein, 25. März. Im Anschluß an den Strafantrag gegen die beiden Hauptangeklagten beantragte der Staatsanwalt die Strafen gegen die kleinen Schächer dieses Prozesses. So beantragte er gegen den Kraftwagenführer Beck Freisprechung, dagegen beantragte er gegen den Bruder der Ella Augustin, den Berliner Zimmerer Johann Augustin, der Saffran beherbergt und nicht der Polizei gemeldet hatte, wegen Begünstigung der Flucht Saffrans 3 Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Schidlowski und Katzki wegen passiver Beamtenbestechung gleichfalls eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Für die beiden letzteren empfahl er jedoch dem Gericht die Strafaussetzung.

Die Aktentasche des Ermordeten taucht auf

Gleich nach der Eröffnung des dritten Verhandlungstages erhielt das Gericht die überraschende Mitteilung, daß die Aktentasche des ermordeten Melkers Dahl, die bisher verschwunden war, bereits seit einem halben Jahr in einer Fürsorgeanstalt in der Nähe von Rastenburg liegt, ohne daß man es für nötig erachtet hat, der Polizeibehörde davon Mitteilung zu machen. Ein Fürsorgezögling aus der Anstalt hat diese Tasche bei Feldarbeiten im Herbst gefunden und hatte sie dem Direktor der Anstalt übergeben. Erst am Montag erhielt ein Landjäger durch einen Fürsorgezögling diese Mitteilung.

„Die Straftaten des unehrlichen Kaufmanns"

Sein Plädoyer, so führte dieser Musterstaatsanwalt aus, könne er betiteln: „Die Straftaten des unehrlichen Kaufmanns". Im Ton eines Moritatenerzählers deklamierte er, daß alle drei Angeklagten „unter der Maske ehrsamer Bürger monatelang ihrem blutigen Handwerk nachgegangen seien". Saffran habe in späten Jahren erst den Weg zum Handel gefunden und infolgedessen habe er auch nicht „die Entwicklung des ehrsamen Kaufmanns" durchgemacht, sondern das Bestreben gehabt, im Eilzugstempo ein reicher Mann zu werden". (Als ob es die anderen „ehrsamen Kaufleute" nicht genau so eilig hätten, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.) Dabei habe ihm die Angeklagte Augustin, die eine „Meisterin im Fälschen" gewesen sei, tatkräftig geholfen. Ihre Mitwirkung an den Betrügereien sei aus sexueller Hörigkeit nicht zu erklären, eher aus Eigennutz. Saffran sowohl wie die Augustin seien für ihre Handlungen voll verantwortlich.

Mörderschule Tetzner

Nach der Feststellung, daß die beiden mitangeklagten Postbeamten durch ihre Fahrlässigkeit den Mord erst möglich gemacht hätten, ging der Staatsanwalt auf den Mordversuch, die Brandstiftung und den Versicherungsbetrug ein. Er glaubt den Beteuerungen Saffrans nicht, daß er Selbstmordabsichten gehabt hätte, denn er sei im Grunde ein feiger Mensch und ist zu seinem scheußlichen Verbrechen erst durch den Versicherungsmörder Tetzner angeregt worden. Als Beweis für die Feigheit Saffrans brandmarkt er dessen Versuch, sich hinter der Angeklagten Augustin, die seine Freundin war, zu verstecken und Kipnick als Helfer und Ausführer des Mordes zu gewinnen. Und dieser war nur zu leicht bereit, der Dritte im Mörderkomplott zu werden. Alles in allem, so eiferte der Staatsanwalt, haben alle drei eine „hundsgemeine Gesinnung" offenbart. Ihr einziges Denken und Trachten war, wie sie ihr eigenes Wohlleben fortsetzen könnten.

★

Soweit der Staatsanwalt. Wir zweifeln nicht daran, daß sich die Geschworenen seine Auffassung zu eigen machen und die Angeklagten dem Henker ausliefern. Bevor dieser jedoch im Frack und Zylinder, mit Pfaffengeplärr und dem sonstigen Gerechtigkeitsbrimborium, sein blutiges Handwerk ausüben wird, soll es uns nicht wundern, daß wir aus irgendeiner Ecke Deutschlands oder der anderen kapitalistischen Länder einen neuen, noch scheußlicheren Versicherungsmord melden müssen, der dann selbstverständlich von einer noch „hundsgemeineren Gesinnung" Zeugnis ablegt. Gestern war es der „ehrsame Kaufmann" Tetzner, heute Saffran und Kipnick und morgen . . .? Jawohl, je länger dieses fluchbeladene christliche System sich im Verfaulungsprozeß befindet, je hundsgemeiner, je scheußlicher und je blutiger werden darin die Verbrechen sein.

Ozeandampfer auf Grund

Der 16 000 Tonnen große canadische Passagierdampfer „Montclare" auf den Klippen des Firth of Clyde an der Westküste Schottlands, auf die er im Nebel auffrannte. Da es den Bemühungen eines ganzen Rudels von Schleppdampfern bisher nicht gelang, die „Montclare" flottzumachen, mußten die 300 Passagiere ausgebootet werden.

Europas Zollgrenzen

Die deutsch-österreichische Zollunion schafft im Nachkriegseuropa das erste bedeutende, über die politischen Grenzen hinausgreifende Wirtschaftsgebiet. Die bisher bestehenden Zollzusammenschlüsse bezogen sich auf die Zwergstaaten, die sich dem wirtschaftspolitisch mächtigeren Nachbarn angeschlossen haben oder durch die Friedensverträge zum Anschluß gezwungen wurden. So bildet Frankreich ein Zollgebiet mit den Zwergstaaten Monaco und Andorra sowie mit dem von Deutschland abgetrennten Saargebiet. Danzig mußte mit Polen in Zollgemeinschaft treten. Ebenso hat die kleine Bauernrepublik San Marino, inmitten Italiens gelegen, keine Zollgrenze gegenüber ihrem einzigen Nachbarn. Luxemburg, früher mit Deutschland in Zollunion, suchte nach dem Weltkrieg bei Belgien Anschluß; auch Liechtenstein, das früher sich an Oesterreich zollpolitisch anlehnte, wechselte nach dem Weltkrieg zur Schweiz

Was sagt ihr zu Paragraph 218?

Von Erich Weinert

Ich frage den Papst:
Was für ein Gott ist das, nach dessen Gebot
Du dem Elend Befehl zu gebähren gabst,
Und das Elend mit deinem billigen Segen labst.
Anstatt mit Brot?
Wenn die Gläubigen dich anzurühren nicht wagen,
Dann müssen dich eben die Gottlosen fragen!
Was sind denn das für sittliche Lehren,
In deren Namen du Mütter zwingst,
Das Elend ins Endlose zu vermehren?
Und die einzige Nahrung, die du bringst,
Ist der Psalm, den du am Wochenbett singst.

Ich frage die lauen und trägen Bürger,
Die Pharisäer aus Dummheit und Heuchler sind:
Wer von euch kümmert sich um das arme Kind,
Das der Hunger, der entsetzliche Würger,
An vertrocknete Brüste preßt?
Und am Herzen der Mutter verkümmern läßt?
Ihr flucht, wenn Mütter vor Mitleid und Schrecken
Ihr Ungeborenes nie zum Leben erwecken!
Aber ihr segnet, was lebendig verdorrt!
Warum segnet ihr Heuchler nicht gleich den Mord?

Ich frage die Sozialdemokraten:
Was habt ihr im Parlament getan,
Als man die Gesetzreform beraten?
Stimmtet ihr gegen Kirchenwahn?
Habt ihr den Schandparagraphen zertreten?
Standet ihr auf in Empörung. Nein!
Das Zentrum hatte es sich verbeten;
Und da mußtet ihr wieder gehorsam sein!
Dann habt ihr dem Volk was vorgeschwätzt,
Ihr hättet eine Milderung durchgesetzt.

Habt ihr nicht hundertmal geschrieben:
Nieder der Wahnsinnsparagraph?
Und wo ist die große Aktion geblieben?
Die habt ihr euch heimlich abgetrieben;
Die schläft den parlamentarischen Schlaf!
Eure lahmen Proteste — wer fragt nach ihnen!
Man kann nicht dem Volk und den Pfaffen dienen.

Und nun frag ich das Volk, die Arbeiterklasse:
Was soll geschehen?
Sollen Frauen und Kinder weiter in Masse
Unter diesem Gesetz vor die Hunde gehn?
Fragt ihr die Kirche in eurer Not,
Sie wird euch trösten mit geistlichen Speisen!
Fragt die Bürger: Wer gibt denn den Kindern Brot?
Sie werden euch wieder auf Gott verweisen!
Fragt die Herrn, die sich Sozialisten nennen!
Sie werden sagen: Ja, diese Schmach
Werden wir so schnell nicht beseitigen können!
Das kommt ja alles erst nach und nach!
Jawohl, das geht alles seinen Gang!
Das geht auch noch Jahre, Jahrzehnte lang!

Und nun frage ich euch, ihr Arbeiterfrauen:
Wer von euch hat noch zu denen Vertrauen?
Und nun sage ich euch:
Ihr werdet solange verbluten müssen
In dieses Gesetzes Dornengesträuch,
Bis es nicht mit der Wurzel herausgerissen!
Und das kann das Volk nur selber schaffen,
Das alle Macht in den Händen trägt,
Und geschlossen, wenn seine Stunde schlägt,
Die Volksverräter, Bürger und Pfaffen
Im ersten Ansturm beiseite fegt!

Auto rast in einen Kanal

5 Todesopfer

Paris, 25. März. Ein folgenschweres Autounglück ereignete sich am Dienstag in der Nähe von Toulouse. Dort wollte ein Auto über den sogenannten Südkanal fahren. Dabei geriet es aus bisher unbekannten Gründen gegen das Brückengeländer und stürzte in den Kanal. Trotz sofort angestellter Rettungsversuche ertranken sämtliche 5 Insassen. Die Leichen konnten bis zur Stunde noch nicht gefunden werden.

Englischer Frachtdampfer gesunken

Der 1750 Tonnen fassende englische Frachtdampfer „Rudinge" ist bei Oporto auf Felsen gelaufen und sofort gesunken. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Notlandung der Afrikafliegerin

Die Afrikafliegerin Elli Beinhorn ist am Dienstag nach viertägigem beschwerlichem Fußmarsch in Timbuktu eingetroffen. Sie hatte rund 50 Kilometer vor Timbuktu notlanden müssen und konnte dann wegen des schwierigen Geländes nicht wieder aufsteigen.

Waldenburger Bergland

Soziale Reaktion auf der ganzen Linie

Severing diktiert Abbau der Säuglingsfürsorge

Aus Waldenburg wird geschrieben: Infolge der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der zwangsläufigen Ausgaben sind auch im Kreise Waldenburg die Fürsorgeaufwendungen erheblich gestiegen. Da aber durch die Notverordnungen eine Erhöhung der Realsteuern untersagt ist, war die Kreisverwaltung zwangsläufig dazu verurteilt, Sparmaßnahmen durchzuführen, um den neuen Etat auszubalancieren, die teilweise recht bedenklicher Natur sind. Davon wird nun auch der Titel Erholungs- und Säuglingsfürsorge betroffen. Für diese Zwecke waren im alten Etat 80 000 Mark eingesetzt. Der Kreis ist für das neue Etatsjahr nicht in der Lage, diesen Betrag in den Etat einzusetzen. Deshalb fanden sich dieser Tage die Vertreter des Waldenburger Jugendamtes im Kreishause zu einer Besprechung zusammen, in der man erhebliche Abstriche beschloß. Man kam sich darin überein, bei der Kreisverwaltung zu versuchen, wenigstens einen Betrag von 40 000 Mark für die genannten Aufgaben einzusetzen.

*

Der preußische Innenminister Severing hat eine Verordnung an alle Gemeindevorstände erlassen. Dieses Dokument enthält die brutalsten Anordnungen zur Ueberwindung der Finanzschwierigkeiten der Gemeinden auf Kosten des arbeitenden Volkes. Dieser Polizeiminister gibt den Kommunalbeitern in dieser Verordnung Richtlinien zum weiteren verschärften Abbau der Gemeindeausgaben, hauptsächlich auf dem sozialen Gebiet.

Und die über hundertprozentige Kürzung der Ausgaben für Erholungs- und Säuglingsfürsorge ist die Auswirkung der Severingschen Verordnung. Im Kohlenrevier ist gerade das Kinderelend besonders groß. Trotzdem gehen die Kommunen zur Einsparung von Mitteln auf diesem Gebiete über.

Dieser Beschluß wird sich in brutalster Weise gegen die proletarischen Säuglinge auswirken. Und das nennt man dann Säuglingsschutz! Die Kosten für die Severing-Polizei dagegen steigen von Jahr zu Jahr. Deshalb muß die arbeitende Bevölkerung in Einwohnerversammlungen gegen diesen Beschluß und gegen die Verordnung des Sozialdemokraten Severing Sturm laufen; sie muß sich klar darüber werden, daß gegen dieses „demokratische" System der schärfste Kampf geführt werden muß.

Wir Kommunisten stehen bei euch und organisieren und führen den Kampf gegen die soziale Reaktion. Schließt euch der roten Klassenfront an!

Kampfbund im Waldenburger Kohlenrevier formiert sich!

Von prächtigem Kampfgeist getragen und von 50 Funktionären besucht, nahm eine am Sonnabend in Waldenburg tagende Kampfbundkonferenz zu der Zusammenfassung des Bundes im Waldenburger Kohlenrevier Stellung. Genosse Richard Schulz, welcher die Konferenz leitete, begründete unter Zustimmung aller Anwesenden die Zusammenfassung und Ausbreitung des Bundes im Waldenburger Revier. Genosse Beyer, welcher als Vertreter der Bezirksverbandsleitung erschienen war, umriß in kurzen Ausführungen die politischen Aufgaben des Kampfbundes. Unter regster Mitarbeit aller anwesenden Funktionäre wurden die organisatorischen Grundlagen für den Kampfbund geschaffen. Begrüßt wurde der Vorschlag, den Genossen Richard Schulz mit der Leitung des Kampfbundes in Waldenburg zu beauftragen. Daraufhin wurde Genosse Schulz einstimmig zum Unterbezirksleiter des Kampfbundes in Waldenburg gewählt. Die Wahl der gesamten Unterbezirksleitung, über welche en bloc abgestimmt wurde, erfolgte ebenfalls einstimmig.

Der revolutionären Sache zum Wohle, unseren Gegnern zum Trotz wird der Kampfbund in Waldenburg die antifaschistische Front verbreitern. Mit einem begeistert aufgenommenen „Sturmbereit" fand die Gründungskonferenz ihren Abschluß.

Wieder ein Betriebsmord

Im Betriebe der Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube wurde der Häuer Fritz Kahler aus Gottesberg bei der Arbeit unter Tage verschüttet und konnte erst nach mehrstündiger Rettungsarbeit als Leiche geborgen werden.

Erhöhte Alarmbereitschaft bei der Polizei!

Die Rote Hilfe, Ortsgruppe Niedersalzbrunn, veranstaltete am Sonnabend, dem 21. März, eine Märzgedächtnisfeier, unter Mitwirkung der Freiburger Spieltruppe. Zur Aufführung gelangte das Stück „Schwefelblüte". Zu diesem Theaterstück waren u. a. als Theaterutensilien auch zwei alte Gewehre, die die Zeit des Alten Fritzen mitgemacht haben, außerdem ein Seitengewehr und zwei alte Stahlhelme nötig. Da die Spieltruppe Sonntag darauf in Gottesberg spielte, wurden die genannten Geräte bei einem hiesigen Genossen eingestellt, um sie am anderen Tage auf dem Wege nach Gottesberg von da abzuholen. Bei Abholung der Geräte vermuteten der Hausbesitzer Winkler und dessen Hausverwalter (Schwiegersohn) bzw. einige Mieter des Nachbarhauses ein Waffenlager bei dem Genossen. Auf dem schnellsten Wege haben sie die Landjägerei in Kenntnis gesetzt, und daraufhin hat sofort die Haussuchung stattgefunden. Der Genosse mußte zu seinem Erstaunen feststellen, daß unten noch drei weitere Landjäger waren. Nachdem der Genosse den Sachverhalt feststellte, wurden die Schuppen eingehend nach Waffen untersucht. Die Denunzianten kamen hierbei nicht auf ihre Rechnung und die Landjäger mußten unverrichteter Sache abziehen. Trotzdem die Angelegenheit so klar war, konnte man bis in die späten Nachtstunden, weil eben den Kommunisten „nicht zu trauen" ist, die Landjäger in der Nähe des Grundstückes beobachten. Wiederholt ist die Polizei auf die fürstliche Gärtnerei aufmerksam gemacht worden, weil dort die Arbeiterschaft ein zweites Jäschkomitzer Waffenlager vermutet. Es handelt sich dort um eine Brutstätte der Nazis. Und deshalb will die Polizei nicht zugreifen. Erlaubt sich ein Kommunist, zwei alte Gewehre, die, wie angeführt, zu Spielzwecken verwandt wurden, aufzubewahren, da kann man erhöhte Alarmbereitschaft der Polizei feststellen.

Großer Nazi-Reinfall!

Hausdorf. Trotzdem sich am Sonntag vormittags und nachmittags der Nazi-Kommis Wunschmann beim Zettelverteilen hier am Orte und den Nachbardörfern die Beine abgelaufen hatte, um nicht eine große Plette zu haben und sich zu blamieren, waren sie doch samt ihrem Hitlerknecht aus Liegnitz mit ein paar Bauern allein im Saal vertreten. Die Arbeiter hatten es vorgezogen, sich dieser Mörderpartei fernzuhalten, da sie erkannt haben, auf welch sumpfigem Morast die NSDAP. aufgebaut ist und es dieser Mordpest nur darauf ankommt, Arbeiter zu überfallen und zu erschlagen oder zu erstechen **(Beispiel: Wüstegiersdorf!)**

Also Arbeiter und Arbeiterfrauen, tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus und in die Kommunistische Partei. Seht euch abonniert die „Arbeiter-Zeitung".

Charlottenbrunn

Ueber was sich die Leute beleidigt fühlen

Am Dienstag, dem 17. März, steht der Fall Geisler, Charlottenbrunn, nochmals im „Tageblatt". Dieser Herr Kantor Geisler von der evangelischen Schule war Mitglied der hiesigen Wohlfahrtskommission. Als solches fühlte er sich über einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung", der im Oktober vergangenen Jahres erschienen war, beleidigt. Es stand damals in der „Grubenhunze", daß die evangelische Kirche einem alten 69jährigen Proleten, der der Kirche 25 Jahre lang treue Dienste geleistet hat, monatlich 10 Mark Pension zahlt. Dafür zahlt sie aber dem Kantor Geisler, der das Höchstgehalt als Lehrer hat, für das Orgelspielen 1200 Mark jährlich. Dieses sollte die Beleidigung sein; daraufhin legte er sein Amt in der Wohlfahrtskommission nieder. Die Gemeindevertretung sah dieses nicht als Grund an und beschloß, Herrn Geisler für zwei Jahre von sämtlichen Ehrenämtern auszuschließen. Hierauf reichte er Klage beim Kreisausschuß ein, und dieser entschied zugunsten von Geisler.

Wir möchten hierbei noch Herrn Geisler seinen Nebenverdienst als Lehrer oberflächlich zusammenrechnen, damit die Oeffentlichkeit sieht, daß dieser Mann keine Zeit für unbezahlte Arbeit übrig hat. Herr Geisler hat 1200 Mark für das Orgelspielen, jede Woche vier Stunden Fortbildungsschule zu 2,50 Mark, jährlich 400 Mark, jede Woche zwei Stunden als Gesanglehrer zu 2,50 Mark, jährlich 250 Mark. Jetzt kommen noch Hochzeiten und Beerdigungen, schätzungsweise 650 Mark jährlich, also zusammen 2500 Mark. Herr Geisler, was verdient ein Bergmann? Kommentar überflüssig.

Liebau

„Ein Opfer des Religionskampfes!"

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Bergwacht" in Nr. 59 einen Artikel über den Bahninspektor Rose, weil derselbe sein Mandat als Magistratsmitglied niedergelegt hat, und nun seiner Versetzung entgegensieht. Wer ist nun eigentlich Herr Rose? Es ist der Mann, der sich bei der letzten Stadtverordnetenwahl an die Spitze der Christlichen Volksgemeinschaft (evangelische Liste) stellte, und auch ein Mandat erreichte. Dies kam ihm zuwenig vor und deshalb verbündete er sich dann mit den Sparsamkeitsaposteln (Hausbesitzern) und den Nazis, und kam somit in den „hohen" Magistrat. Dort wurde er Baudezernent, und als solcher hat er sich bei der SPD. so beliebt gemacht, daß man ihm einen hahnebüchenen Nachruf widmet. Was hat Herr Rose nun bloß geleistet? Die „Bergwacht" erinnert da an die Bahnhofsanlagen. Wir stellen fest, daß dort noch dieselbe Schweinerei herrscht, wie in der Zeit vor Rose. Für die Instandhaltung des städtischen Eigentums soll Rose hinreichend gesorgt haben. Wir sind der Ansicht, daß er das sehr gut konnte, zumal er mehr in der Stadt als am Bahnhof zu finden war. Hier dürfte der Berichterstatter seine Informationen von den Wohlfahrtserwerbslosen bekommen haben, die ohne jede Entschädigung unter der Leitung eines Rose geschwitzt haben. Die „Bergwacht" scheint es auch für richtig zu halten, daß Herr Rose es gewesen ist, der sich für die Aufhebung der Wohnungsmangelverordnung und somit gegen die Mieterschaft mit Erfolg eingesetzt hat.

Warum hat Rose sein Mandat nach so kurzer Dauer niedergelegt? Darüber wollte er in einer groß angekündigten Einwohnerversammlung sprechen. Enttäuscht waren die Gesichter, als man Herrn Rose vermißte.

Niederschlesien

Baugewerksbürokratie schließt langjähriges Mitglied aus

Liegnitz. Der Genosse Baier, welcher bereits 27 Jahre Mitglied des Baugewerksbundes war, wurde aus dem Verband deshalb ausgeschlossen, weil er Anhänger der RGO. ist. Wenn die Baugewerksbonzen glauben, damit revolutionäre Gewerkschaftler durch Ausschluß mundtot zu machen, so sind sie auf dem Holzwege. Durch das brutale Vorgehen der Bürokraten beweisen sie nur, welche Angst sie vor den ehrlichen Klassengenossen haben. Die Kollegen der Gewerkschaft müssen desto schärfer den Kampf gegen die Bürokratie, für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik führen. Werbet Mitglieder der RGO. Nur durch Masseneintritte kann dem Ausschluß der Bürokratie Einhalt geboten werden.

Der Ausschluß ist fernerhin zu dem Zweck erfolgt, den geplanten Lohnraub durchführen zu können. Die Gewerkschaftsspitzen haben sich für einen generellen Lohnabbau festgelegt und müssen von oben nach unten herab den Weg hierfür freimachen. Alle diejenigen, die die Kollegen zum Kampf gegen den Lohnraub mobilisieren, werden von der Bürokratie ausgeschlossen.

Sagan

Ein „würdiger" Nachfolger!

In Petersdorf bei Sagan wurde vor nicht allzu langer Zeit das dortige Rittergut aufgeteilt. Das übriggebliebene Restgut wurde bis zum vorigen Jahr (1930) vom Naziführer Richter verwaltet. Von dort aus leitete der Nationalsozialist Richter die Fäden über Stadt und Kreis Sagan und versuchte mit seiner Naziburg und Anhängern, den Kreis Sagan braun zu verpesten, bis er eines Tages mit dem Revolver spielte, dabei ein Schuß losging und ihn seines Augenlichtes beraubte. Sein Nachfolger war nun Her Baumann. Dieser beschäftigt einen Kutscher namens Kiehlian. Er bekommt pro Woche einschließlich der drei Mark Futtergeld 6 Mark und Deputat. Nun war dieser mit den Bettelpfennigen nicht mehr einverstanden, trat an Baumann betreffs Erhöhung seines Lohnes heran. Der „noble" Herr Baumann dachte jedoch nicht im geringsten daran, dem Kutscher mehr zu geben, sondern erklärte: Solange Sie noch Kartoffelsuppe haben, können Sie zufrieden sein! — Nun, Herr Baumann, das ist ein treudeutscher Gedanke von Ihnen; nur müßte dieser zuerst bei Ihnen angewandt werden, denn Nichtstuer halten das bei Ihrer „Arbeit" besser aus. Ja, Kollegen, das ist das Prinzip des „Dritten Reichs"; es wird euch den nötigen Eindruck hinterlassen. Also kämpft gegen diese Ausbeuter!

Weiterer Vormarsch der Partei

Niesky. Die am 19. März von der KPD. einberufene öffentliche Versammlung im „Hof" war von ungefähr 500 Teilnehmern besucht. Unser früherer Nieskyer Genosse Paul Walter verstand es ausgezeichnet, den Anwesenden die riesenhaften Erfolge der russischen Arbeiter und Bauern bei der Durchführung des Fünfjahrplanes vor Augen zu führen. Die rege Beteiligung der Anwesenden an der Aussprache bewies das große Interesse am Aufbau in der Sowjetunion. Der brausende Beifall zeigte, daß Genosse Walter im Sinne der Versammelten gesprochen hatte. Einige Neuaufnahmen für die Partei konnten wir als Erfolg buchen.

Jauer

Märzgefallenenfeier der Roten Hilfe

am Sonnabend, dem 28. März, im „Grünen Adler". Eintritt 20 Pf. Die werktätige Bevölkerung wird hierzu eingeladen.

Glogau

Heraus zur Märzfeier

am Freitag, dem 27. März, im „Schützenhaus". Das Programm ist sehr reichhaltig. Wegen der hohen Steuer beträgt der Eintritt 40 und 25 Pfennig.

Grünberg

Oeffentliche Jungarbeiterversammlung

am Freitag, dem 27. März, 20 Uhr, im „Goldenen Frieden". Thema: „Die Jugend und der Kommunismus." Als Referent erscheint ein Genosse von der Bezirksleitung.

Arbeitende Jugend! Erscheint recht zahlreich zu dieser Versammlung.

Beuthen a. d. O.

Magistrat „löst" Wohnungsfrage!

Am Sonnabend, dem 19. März, konnte man in dem kleinen Beuthen ein nicht alle Tage vorkommendes Schauspiel betrachten. In den Vormittagsstunden wurde nämlich ein Mieter aus einem angeblich baufälligen Hause in der Kirchstraße zwangsweise herausgesetzt. Damit die Angelegenheit so schnell als möglich vonstatten gehen sollte, hatte man in weiser Vorsicht zu dem Arbeiter beide hiesigen Polizeibeamten beordert. Wenn man als Unbeteiligter zusah, wie das Herausholen der Möbel vor sich ging, dann fragte man sich, ob man noch in dem angeblich zivilisierten Deutschland wäre.

Da der in Frage kommende Mieter sich zunächst sträubte, seine Sachen herausschaffen zu lassen, wurde er kurzerhand von den anwesenden Beamten verhaftet, gefesselt und in das hiesige Gefängnis geschafft.

Zu bemerken wäre hier noch, daß es sich um einen unsauberen Vorgang handelt, da der in Frage kommende Mieter ohne Einwilligung des Vermieters auf Betreiben der Polizeiverwaltung nach Beuthen abgeschoben werden sollte, da die Stadt Beuthen an dem Grundstück interessiert ist. Weiter wäre festzustellen, daß ein Sachverständigen-Gutachten vorliegt, wonach die Räume noch bewohnt werden können. Diese Tatsache hat die ganze Stadt in Erregung gebracht, um so mehr, als man erfuhr, was vorgenommen werden sollte. In aller Eile wurden die Sachen auf einen Rollwagen geladen, ein noch brennender eiserner Ofen wurde so transportiert, daß dabei die Möbel eventuell hätten verbrennen können. Da man nun für die sechsköpfige Familie keinen Ersatzraum hatte, half man sich, indem man die Familie samt den Sachen bei einer in der Würlitzer Straße wohnenden Witwe unterbrachte, natürlich zwangsweise.

Die Polizeibeamten gingen gegen diese Witwe rigoros vor und drohten ihr mit Verhaftung, falls sie mit den Vorgängen nicht einverstanden sein würde.

Liegnitz

Die Panzerkreuzer-Politik der SPD.!

Das ist das Thema der am Freitag, dem 27. März, 20 Uhr, im großen Saal des Wintergartens stattfindenden

öffentlichen Versammlung

der Kommunistischen Partei. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ist zu dieser Versammlung schriftlich geladen worden.

Eintritt 30 Pfennig, Erwerbslose 15 Pfennig.

Um 19 Uhr Abmarsch aller Organisationen vom Friedrichsplatz zur obigen Versammlung.

Heraus zur Landarbeiter-Kundgebung

am kommenden Sonntag, 15 Uhr, auf dem Klosterplatz. Mobilisiert die Landarbeiterschaft der ganzen Umgegend.

Die Statnummer des „Roten Wählers"

bringt wiederum eine Fülle von Agitationsmaterial. Diesmal über den Brüning-Etat. Genosse Walter Stoecker gibt im Leitartikel einen ausgezeichneten Gesamtüberblick über den Trustetat Brünings und Hermann Müllers. Theo Neubauer schreibt über die Besitz- und Massensteuern dieser Young-Republik. Ernst Torgler schildert auf einer Seite „Das Hauptbuch der deutschen Republik" interessante Einzelheiten aus dem „Hungeretat 1931". Auf einer weiteren Seite behandelt Hans Schröter den Abbau des Sozialetats, dem gegenübergestellt eine Schilderung des Sozialaufbaus in der Sowjetunion. Genosse Stoecker behandelt dann den Etat der Kriegsflotte und den Bau der Panzerkreuzerserie. Erich Glückauf schildert auf einer weiteren Seite den „Kultur"-Etat der Brüning-Diktatur und zeigt die mannigfachen Vorstöße der Kulturreaktion. Theo Neubauer gibt einen Ueberblick über den Wirtschaftsetat, wobei insbesondere die kapitalistische Wirtschaftspolitik der Nazis aufgezeigt wird. Ueber die Geschäftsordnungsverschlechterungen und den Immunitätsraub berichten Ernst Torgler und Georg Schumann.

Der Rote Wähler erscheint einmal monatlich achtseitig und ist für 10 Pfg. durch alle Literaturstellen, Buchhandlungen und durch die Post zu beziehen.

Paris und Wien

Europakonferenz und Zollunion

Dienstag ist in Paris der Organisationsausschuß des Europakomitees zusammengetreten. Die Aufgabe des Ausschusses besteht vor allem darin, die Maitagung des Europakomitees vorzubereiten und alle mit der Einladung der Sowjetunion zusammenhängenden Fragen zu regeln. Der letzte Teil dieser Aufgabe macht den in Paris versammelten Außenministern die größte Sorge. Zunächst aber werden die Verhandlungen in Paris von dem deutsch-österreichischen Zollabkommen überschattet, das alle anderen Probleme in den Hintergrund gedrängt hat. Zwar wird diese Angelegenheit kaum offiziell zur Sprache gebracht werden, umsomehr aber verschiebt sich das Schwergewicht der Pariser Konferenz auf die „privaten" Zusammenkünfte der Außenminister.

★

Inzwischen wurde der amtliche Wortlaut des sogenannten Wiener Protokolls veröffentlicht. Das zu erzielende endgültige Abkommen wird als ein „Vertrag zur Angleichung der Zoll- und handelspolitischen Verhältnisse" beider Länder bezeichnet. Im ersten Paragraphen des Protokolls machen beide Regierungen einen tiefen Bückling vor den Versailler Mächten und insbesondere vor dem Briand des Paneuropaprojekts: „Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit beider Staaten (Versailler Vertrag! Vertrag von St. Germain! Genfer Anleiheprotokoll!) und unter voller Achtung der von ihnen dritten Staaten gegenüber übernommenen Verpflichtungen (!!) soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen (Paneuropa!) zu machen".

Sachlich sieht das Abkommen die folgenden Abmachungen vor: Beide Länder werden gleiche Zollgesetze mit gleicher Tarifierung machen. Aenderungen können nur gemeinsam erfolgen.

Zwischeneinander erheben sie keine Zölle und es gelten keine Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote.

Handelsverträge werden zwar selbständig abgeschlossen, jedoch mit Wahrung der beiderseitigen Interessen. In besonderen Fällen kann auch gemeinsam wegen der Abschlüsse verhandelt werden.

Jetzt bestehende Handelsverträge, welche der Zollunion entgegenstehende Abmachungen enthalten, sollen abgeändert werden.

Die Zollverwaltungen der beiden Länder bleiben unabhängig. Die im deutschen und im österreichischen Zollgebiet gesondert erhobenen Zölle werden nach Abzug der Sonderkosten mittels eines bestimmten Verteilungsschlüssels verrechnet. Auf keinen Fall werden bei den zu treffenden Vereinbarungen die bestehenden Pfandrechte Dritter an den Zolleinnahmen (Youngplan! Genfer Anleiheprotokoll!) beeinträchtigt werden.

Das Abkommen ist in der vorliegenden Form nur ein Vorvertrag. Es wird erst nach Ablauf einer noch festzusetzenden Frist vom Tage der Ratifikation an gerechnet, in Kraft treten.

★

Nach der Veröffentlichung des Wortlauts der Wiener Abmachungen hat die Diskussion in der Weltpresse einen verstärkten Antrieb erhalten. Die französische Presse verrät das größte Mißtrauen. Sie malt mit leidenschaftlicher Aufregung das Gespenst des Anschlusses an die Wand.

Die englische Presse, die sich eine gewisse Zurückhaltung leisten kann, da das Wiener Abkommen vor allem die französischen Interessen berührt, betrachtet das Ereignis mehr vom Standpunkt der internationalen Perspektive, die durch das deutsch-österreichische Abkommen aufgerissen wird. So schreiben z. B. die „Times" mit unverblümter Offenheit:

„Ein europäischer Zollverein würde in der Tat die richtige Antwort auf den Wettbewerb eines Räterußland sein, das rücksichtslos die unbegrenzten natürlichen Hilfsquellen mit unbeschränkt zur Verfügung stehender Sklavenarbeit ausnutzt."

Die amerikanische Presse äußert sich vorbehaltlos zustimmend. Sie beglückwünscht die deutsche Regierung mit charakteristischer Wärme zu ihrem „mutigen Schritt". Diese Haltung läßt darauf schließen, daß die amerikanische Diplomatie, die schon lange auf eine Gelegenheit wartet, Frankreich eins auszuwischen, an den Wiener Vereinbarungen nicht ganz unbeteiligt ist.

Revolutionärer Soldatenaufstand in Peru

Die Arbeiter von Lima schließen sich an — Erbitterte Straßenkämpfe — 200 Tote

Neuyork, 24. März. Nach Meldungen aus Peru meuterte in Lima das 5. Infanterieregiment, unterstützt von der peruanischen Arbeiterschaft.

Die Soldaten setzten ihre Offiziere in der Kaserne gefangen und unternahmen gemeinsam mit der Arbeiterschaft von Lima einen Sturm auf den Präsidentenpalast. Regierungstreue Truppen drängten einen Teil des meuternden Regimentes in die Kaserne zurück, die dann unter Artilleriefeuer (!) genommen wurde. Mehr als hundert Soldaten sollen von einschlagenden Granaten in Stücke gerissen worden sein.

Die Straßenkämpfe in Lima dauern noch an. Bisher wurden mehr als 200 Personen getötet. Die Massen kämpfen unter den Losungen: Arbeit und Brot für alle! Befreiung vom ausländischen Kapitalismus!

Ueber ganz Peru ist der Belagerungszustand und schärfste Pressezensur verhängt worden.

In Peru ist die tiefgreifende Agrar- und Wirtschaftskrise seit langem bereits in die politische Krise umgeschlagen. Seit Monaten tobt der Bürgerkrieg im Lande. Drei Regierungen sind letzthin im Verlaufe von drei Wochen an die Macht gekommen und wieder gestürzt worden. Die Diktatur Crampes, der nach erbitterten Kämpfen an die Macht gelangte, besteht knapp einen Monat.

Die machtlüsternen peruanischen Generale sammeln die verzweifelten Massen mit verlogenen Versprechungen über Aufräumung mit der Mißwirtschaft, Abschaffung des verhaßten imperialistischen Jochs, unter ihre Fahnen. Sobald sie aber auf den Schultern der Massen in den Regierungspalast eingezogen sind, schließen sie ihren Frieden mit dem Dollarkapital und versuchen, die Forderungen des Volkes mit Terror zu ersticken.

Die jetzige Erhebung der Arbeiter und Soldaten trägt eindeutig revolutionären Charakter. Der Diktator Crampes und der hinter ihm stehende Imperialismus erkennen die ungeheure Gefahr, die für den Bestand des gegenwärtigen Systems durch diese Kampffront der Soldaten und Arbeiter heraufbeschworen wird und wirft darum die ganze, ihm verbliebene Macht, dem revolutionären Aufstand entgegen.

Die Hungernden holen sich das Brot

Mehrere Lebensmittelläger in Cordoba ausgeräumt — Polizei mit Schüssen zurückgehalten

Madrid, 24. März. In Cordoba, wo die Arbeitslosigkeit riesige Ausmaße angenommen hat, marschierten gestern Tausende von Arbeitslosen vor das Gebäude des Zivilgouverneurs und forderten Lebensmittel zur Stillung ihres Hungers und des Hungers ihrer Kinder. Der Zivilgouverneur drohte, als Antwort auf diese Forderung Militär gegen die Hungernden einzusetzen.

Daraufhin zogen die Arbeitslosen geschlossen vor die größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt und holten sich sämtliche in den Läden befindliche Waren heraus. Auch einige große Marktstände wurden ausgeräumt. Die heranrückende Polizei hielt einige Arbeiter mit Revolverschüssen so lange in Schach, bis alle Lebensmittel an die Hungernden verteilt waren.

Es gab auf seiten der Polizei und der Arbeitslosen Schwerverletzte.

Meuternde Soldaten legen Eisenbahnverkehr still

TU. London, 25. März. Der Verkehr auf der chinesischen Eisenbahn zwischen Hwaynan und Tschumatien (?) ist, wie die „Times" melden, unterbrochen. Obwohl verschiedene Divisionen in diesem Gebiet zusammengezogen sind, um die dort meuternden Truppen zu bekämpfen, scheint die Regierung die Lage noch nicht zu beherrschen.

Antimonarchistische Aktionen

Madrid, 24. März. In Madrid und anderen großen Städten fanden wuchtige Kundgebungen gegen Monarchie und Faschismus statt, an denen sich die Studenten führend beteiligten.

In Madrid erkletterten Studenten das Dach der Universität und bewarfen die Polizei mit Steinen, als sie gegen die Demonstranten vorging. Die Polizei schoß darauf und verletzte **zwei Studenten.**

Aus Sevilla und Salamanca werden ebenfalls große Kundgebungen und Zusammenstöße gemeldet.

Die Unterzeichner des republikanischen Flugblattes, das im Dezember 1930 zum Umsturz in Spanien aufgefordert hatte, wurden gestern zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das verhältnismäßig milde Urteil erfolgte unter dem Druck der Massen auf die spanische Regierung.

Gestern nachmittag wurden die Verurteilten aus dem Gefängnis entlassen. Obwohl die Nachricht ihrer Entlassung geheimgehalten worden war, hatten sich etwa 2000 Personen auf dem Platz vor dem Gefängnis versammelt und brachen in Niederrufe auf Faschismus und Monarchie aus. Polizei räumte den Platz und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Marokkanische Soldaten erschossen ihren französischen wachhabenden Leutnant und zwei französische Unteroffiziere. Darauf flüchteten sie zu einem noch nicht unterworfenen Stamm.

Hafenarbeiterstreik in New Orleans

Neuyork, 24. März. In New Orleans stehen 5000 Hafenarbeiter gegen Lohnherabsetzungen im Streik. Der reformistische Gewerkschaftsbund fordert sie zur Unterwerfung auf. Es droht ein gerichtlicher Einhaltsbefehl. Die Führer des linken Seeleuteverbandes, die gegen die Unterwerfung auftraten, sind verhaftet worden. Außerdem fanden hunderte Verhaftungen statt. Unter den Verhafteten befinden sich auch 100 Neger.

Im Transitzug verhaftet

Ungeheure Provokation der Pilsudski-Diktatur

Warschau, 24. März. In Tczew drangen faschistische Spitzel in einen Transitwagen und verhafteten die Frauen zweier kommunistischer Sejmabgeordneten, des Genossen Baczynski, der zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, und Gawron, der vom Sejm den Henkern der Defensive ausgeliefert wurde. Frau Baczynski fuhr zu ihren kleinen Kindern, die in einem Heim für die Kinder der politischen Gefangenen untergebracht sind. Frau Gawron reiste mit einem Säugling. Die Verhafteten wurden in das berüchtigte Warschauer Frauengefängnis eingeliefert. Frau Gawron wurde das Kind weggenommen und einem katholischen Heim übergeben.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Adalbert Schultz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 8.

7. Fortsetzung.

Er stand vom ersten bis zum dritten Kriegsjahre, in dem er fiel, im Felde. Es fehlte nun der Frau Hofmann jene Gerissenheit völlig, die in diesen Jahren einzig und allein es fertigbrachte, hintenherum irgend etwas zu erwischen. Jeder Urlaub in den drei Jahren erzeugte zudem ein neues Hofmannkind, so daß Frau Hofmann am Ende des Krieges mit neun Kindern dastand, darunter drei ganz kleinen, ohne doch einen Ernährer für die große Familie zu haben.

Die Ueberreste ihres Mannes, der von einer Granate zerrissen wurde, moderten in Flandern, wo seine Munitionskolonne völlig zerschmettert worden war. Schon während des Krieges litt Frau Hofmann unsäglich unter dem Zwang Schlange zu stehen, mit der Entwertung des Geldes mitzukommen und Lebensmittel für die große Familie zu schaffen. Neun Mäuler, mit ihrem sogar zehn, wollten gestopft werden, und die Hofmanns waren gewöhnt, ordentlich zuzulangen. Allmählich wurden die blühenden Wangen blasser. Die Kinder blieben in der körperlichen Entwicklung jetzt ebenso zurück wie vorher in der geistigen. Frau Hofmann selber verlor ihre runde Stattlichkeit und geriet in ein Stadium derartiger nervöser Erregung, daß es allgemein hieß: „Die Hofmannsche ist durchgedreht". Der Nachbar, ein biederer Schuster, sagte sogar: „Das arme Aas is blödsinnig geworden".

Man mied sie schließlich, obwohl sie die natürliche Gabe besaß, wundervoll klatschen zu können, denn Geheimnisse durfte man jetzt nicht mehr anvertrauen. Sie brachte es nicht mehr fertig, den Mund auch nur fünf Minuten zu halten. Allmählich entwickelte sich so bei ihr das typische Bild einer schweren Hysterie. Dauernd war sie an irgendeiner Stelle des Körpers krank und [illegible] auch Krampfanfälle schwerer Art. Dann war sie wieder von melancholischen Stimmungen geplagt, und eine Zeitlang befürchtete man, sie würde durch Selbmord enden. Doch dazu langte dann wieder die Entschlußkraft nicht ganz. Auch begannen die Wunden sich allmählich doch zu schließen, die die große Zeit des Weltkrieges, aus dem wir „im Felde unbesiegt" hervorgingen, diesem schwach begabten Individium geschlagen hatte.

Frau Hofmann war übrigens entschieden besiegt worden.

Die Kinder wuchsen heran und fingen an, wenigstens im bescheidenen Ausmaße, mitzuverdienen. Frau Hofmann bekam wieder ein paar Waschstellen, und es ging ihr besser. Sie gewann sogar ihre ursprüngliche, so oft anerkannte Fülle wieder. Es stellten sich auch vereinzelt Wohltäter ein, die für das eine oder andere Hofmannkind sorgten.

Endlich erschien auch der große Wohltäter, der der stattlichen Kriegerwitwe deutlich bekundete, daß sie ihm gefiele. Ein russischer Kriegsgefangener hatte sich als Tischler im Nachbarhause etabliert, er war nach dem Kriege in Deutschland hängengeblieben, verdiente gut und war sehr ansehnlich, ein großer, blonder, hübscher Kerl, allerdings um einige Jahre jünger als Frau Hofmann.

Aber das machte ja nichts. Jedenfalls zogen die beiden Beteiligten bald die letzten Konsequenzen, und Frau Hofmann, die schon oft ihre prompte Fruchtbarkeit bewiesen hatte, versagte auch jetzt nicht, sondern fühlte sich bald Mutter.

Es wäre dies natürlich eine Bagatelle für sie gewesen, trotz der schon erwachsenen Kinder, wenn nicht Herr Leontjewitsch in Verkennung seiner moralischen Verpflichtung geflüchtet wäre, und zwar gleich so restlos, daß seine Spuren verrieselten wie Sandkörner am Strande des Meeres. Nun war das Kind schwer in den Brunnen gefallen! Frau Hofmann, die sich schon im Besitz eines neuen stattlichen Gatten gewähnt hatte, fiel aus allen Himmeln. Sie fing sofort an, sich vor ihren Kindern zu schämen und vor allen vor den guten Nachbarfrauen.

Diese hatten sie früher schon einmal bei einer Schimpfszene als Russenhure bezeichnet, weil sie sich darüber ärgerten, daß die gute Frau Hofmann mit ihren Liebeserfolgen bei dem stattlichen Russen reichlich renomiert hatte. Frau Hofmann ahnte also, was ihr bevorstehen würde, wenn es herausläme, daß der Russe sie so schwer versetzt hatte, nicht ohne ihr eine bleibende Erinnerung zurückzulassen.

Es entstand daher bei ihr der felsenfeste Entschluß, die Frucht abzutreiben. Der Arzt, den sie damals aufsuchte, war erschüttert von dem völligen seelischen Zusammenbruch der Frau, als sie ihn jetzt konsultierte. Er hatte sie schon jahrelang vorher wegen ihrer schweren Hysterie behandelt und kannte ihre Labilität in vollem Umfange. Trotzdem blieb ihm nichts weiter übrig, als sie abzuweisen, denn das Gesetz verpflichtet, auch völlig erschöpfte Frauen und auch solche, die schon neun Kinder geboren haben, unter allen Umständen auszutragen.

Frau Hofmann ging dann noch ein paar fruchtlose Wege zu anderen Aerzten, natürlich mit dem gleichen negativen Erfolg; sie wurde nur Geld dabei los und kam dabei immer mehr herunter. Anstatt runder zu werden, magerte sie völlig ab. Sie konnte keinem, auch ihren Kindern nicht mehr ins Auge blicken. Sie konnte nicht mehr das geringste arbeiten, verlor ihre guten Stellen und saß tagelang in einem Winkel in der Küche, das Gesicht in die Hände vergraben, um entweder lautlos wie ein Tiere vor sich hinzuwimmern oder blöde ins Leere zu starren. Auf alles gütliche Zureden pflegte sie nur zu sagen: „Ich hab die Nase voll".

In einem solchen Momente faßte die einzige wirkliche Freundin, die sie besaß, sich ein Herz. Aus reiner Nächstenliebe, aus tiefem Mitleid heraus erfaßte diese einfache Frau völlig die grausame Situation. Sie behandelte christlicher als mancher Diener Gottes in solchen Fällen sich gebärdet, mehr im Sinne der Bergpredigt als mancher, der allsonntäglich zur Kirche geht mit dem Gebetbuch, um sich pharisäerhaft über alle jene zu erheben, die das nicht tun. Und aus diesem tiefen Mitleid heraus faßte diese brave Frau den Entschluß, hier helfend einzugreifen. Selber Mutter von sechs Kindern, hatte es sie doch niemals nötig gehabt, eine Abtreibung an sich vornehmen zu lassen oder gar selber vorzunehmen, und doch wußte sie Bescheid. Sie wußte, wie heutzutage jede Proletarierfrau es weiß, wie so etwas gemacht wird. Sie war sich vollkommen klar darüber, welch ungeheure Gefahr ihr drohte, zumal Frau Hofmann ja so furchtbar schwatzhaft war, und doch vermochte diese gutmütige Frau den Jammer nicht mehr mit anzusehen. Deshalb trug sie sich als Helferin an.

Mit zitternden Herzen wurde der Eingriff gemacht. Zwar sauber, aber nur laienhaft sauber. Und weil die Schwangerschaft schon weit über den vierten Monat gediehen war, trat eine entsetzliche Blutung ein, verbunden mit heftigem Schüttelfrost. Die beiden Frauen holten sich nun in ihrer Angst den Hausarzt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Stich ins Wespennest

Die deutsch-österreichische Zollunion

Die deutsch-österreichischen Zollunions-Verhandlungen haben alle Wespennester der internationalen Politik aufgescheucht. Die französische Regierung und in ihrem Gefolge die Regierungen der Tschechoslowakei und Italiens, haben bereits diplomatische Schritte in Wien unternommen. Die französische Presse sucht mit leidenschaftlichem Eifer zu beweisen, daß die deutsch-österreichischen Abmachungen gegen den Versailler Vertrag, gegen den Vertrag von St. Germain und gegen das Genfer Protokoll zur österreichischen Völkerbundsanleihe verstoßen. Mit demselben Eifer beteuert die deutsche und österreichische Presse, daß die deutsch-österreichischen Abmachungen keinerlei politische Tendenzen enthalten und völlig im Rahmen des Versailler Systems bleiben. Ein Teil der deutschen und österreichischen Blätter geht noch weiter und versichert, daß die Wiener Abmachungen nichts anderes seien, als der erste praktische Schritt zur Verwirklichung der Paneuropapläne Briands, während umgekehrt Pariser Blätter mitteilen, daß Briand selbst, auf Grund seiner gestrigen Unterredung mit dem deutschen Botschafter, in dem deutsch-österreichischen Abkommen eine Durchkreuzung seines Paneuropaprojektes erblicke.

Dieses widerspruchsvolle Echo des Wiener Abkommens spiegelt die außerordentliche Zuspitzung der Widersprüche in der internationalen Politik des Kapitalismus wider. Die entscheidende Triebfeder der deutschen Außenpolitik in der Gegenwart ist die tiefe Krise des deutschen Kapitalismus. Auf der Suche nach einem Ausweg wendet die deutsche Bourgeoisie ihre Blicke nach dem Osten und nach den kleinen mittel- und osteuropäischen Ländern. Daher das starke Interesse Deutschlands an den Agrarzollverhandlungen der ost- und südeuropäischen Länder, daher auch die engere Verbindung mit Oesterreich, das infolge der Krise am Rande des Ruins steht.

Diese Bestrebungen stoßen auf starken Widerstand seitens Frankreichs und seiner Vasallen, die in einem wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs — und sei er noch so locker und problematisch — nicht mit Unrecht den ersten Schritt zur Verwirklichung des Anschlusses erblicken. Die Trennung Oesterreichs von Deutschland aber ist ein wichtiger Bestandteil des Versailler Raubsystems. In diesem Sinne sind die deutsch-österreichischen Zollabmachungen, die übrigens noch keineswegs abgeschlossen sind und erst ein Jahr nach vollzogener Ratifikation in Kraft treten sollen, ein Vorstoß gegen das Versailler System. Und wenn die Regierungen Oesterreichs und Deutschlands diese Abmachungen als ersten Schritt zur Verwirklichung des „Paneuropa" Briands anpreisen, so empfindet man dieses Argument in Paris als eine blutige Ironie.

Die Ironie liegt aber weniger in den Worten, als in der Sache selbst. In der Tat hat sich nach dem englisch-französisch-italienischen Flottenpakt, der die alte Entente gewissermaßen wieder aufleben läßt, der politische Druck der Westmächte auf Deutschland außerordentlich verstärkt. Unter dem Druck des Westens ist die deutsch-polnische Verständigung in Fluß gekommen. Und ein zollpolitisches Abkommen zwischen Deutschland und Oesterreich, das einem wirtschaftlichen Zusammenschluß nahekommt, kann jedenfalls nicht ohne Einverständnis der Westmächte zustande kommen. Nur im Rahmen des Versailler Systems wird der französische Imperialismus einen wirtschaftlichen „Anschluß" in Mitteleuropa gestatten. Die Wiener sozialdemokratische „Arbeiterzeitung" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie schreibt: „Vielleicht wäre es am leichtesten, den Plan im Rahmen einer allgemeinen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich durchzusetzen".

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die deutsche Bourgeoisie, durch die Wiederherstellung der Entente in eine gefährliche außenpolitische Isolierung gedrängt, die Wiener Abmachungen im wesentlichen als einen Hebel zur Verstärkung ihres Einflusses in Ost- und Südosteuropa betrachtet mit dem Ziel, im Namen und Auftrage Frankreichs die „paneuropäische" Blockbildung in Mitteleuropa zu organisieren und zu beschleunigen. Demselben Zwecke dient auch die führende Beteiligung Deutschlands an den verschiedenen osteuropäischen Agrarkonferenzen und an der mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz, die erst vor wenigen Tagen ihren Abschluß gefunden hat.

Diese Zusammenhänge werfen ein Schlaglicht auf die ganze Zwiespältigkeit der deutschen Außenpolitik: auf der einen Seite weittragende wirtschaftliche Abmachungen mit der Sowjetunion, auf der anderen Seite Verstärkung der nach Westen orientierten sowjetfeindlichen Tendenzen auf dem Umweg über eine Aktion, die das Gefüge des Versailler Systems anzutasten scheint, zugleich aber die Abhängigkeit Deutschlands von den Westmächten nur steigern kann.

Das deutsche und österreichische Proletariat hat alle Ursache, die Konspirationen zwischen Wien und Berlin, zwischen Schober und der Brüningregierung mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen.

Bausaison beginnt mit Hochdruck

Neue Arbeiterwohnungen in der Sowjetunion

Die „Prawda" vom 19. März teilt in einer längeren Uebersicht mit, daß die Bausaison in der Sowjetunion eine glänzende Eröffnung erfahren hat. Besonders die Wohnungsneubauten, für die 1100 Millionen Rubel ausgeworfen sind, werden in diesem Jahr in einem beschleunigten Tempo fertiggestellt werden.

Außerdem hat der Oberste Volkswirtschaftsrat noch 140 Millionen Rubel für Wohnungsbauten in den Industriezentren in diesem Jahre veranschlagt. Hier werden neue Städte entstehen. Unter den vielen Industriezentren, denen Siedlungen angegliedert werden, seien hier genannt: Autostroi, Dserschinsk, Magnitogorsk, Nowo-Scheljabinsk, Nowo-Stalingrad, Kusnetzk, Kusbaß und viele andere. Die Wohnungen sind für Arbeiter bestimmt; die Miete richtet sich nach dem Einkommen und beträgt nicht mehr als zehn Prozent des Lohnes. Durchgeführt werden die Bauten unter der Massenkontrolle des Proletariats.

Antibolschewistische Enten

In den letzten Tagen machen wieder einige Meldungen der Rigaer und Kownower Fälscherzentralen über „Partisanenkämpfe in Georgien" und „Aufstände im Kaukasus" in der deutschen Presse aller Schattierungen die Runde.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet hierzu: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Mitteilungen über Aufstände in Georgien und Aserbeidschan sind bösartige, absolut nichtbegründete Erfindungen.

Was ist SPD.-Disziplin?

„Zwang zum Verzicht auf den Kampf gegen die Unternehmer!"

Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt in ihrem Leitartikel vom 21. März mit der Ueberschrift „Disziplin, trotz alledem":

„Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnet auf das Verständnis der SPD.-Mitglieder in Stadt und Land, die schon auf manchen Kampf gegen die Unternehmer zu verzichten gezwungen waren. Sie ballten die Faust in der Tasche, aber sie wahrten Disziplin. Wahret Disziplin auch in diesem Kampfe."

Das ist die Disziplin der SPD. Sie bedeutet — wie wir hier aus der ersten Quelle erfahren — „den Zwang zum Verzicht auf den Kampf gegen die Unternehmer". Wie lange noch, sozialdemokratische Arbeiter, wollt ihr diese Disziplin wahren?

SAJ.-Führer kommen zum KJVD.

Der ehemalige Vorsitzende der SAJ. Großzwickau, Genosse Dölz, gegen die „linken" Demagogen SAJ.-Proleten, marschiert mit am Reichsjugendtag!

Chemnitz, 25. März (Eig. Meldung). Der ehemalige Vorsitzende der Groß-Zwickauer SAJ., Genosse Dölz, ist aus der SAJ. ausgetreten und Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes geworden. Er veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die politische Entwicklung der letzten Wochen hat mich endgültig davon überzeugt, daß die Politik des Parteivorstandes der SPD. und der Führer der SAJ., eine offene Hilfeleistung bei der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet.

In der Mitgliedschaft der SPD. undder SAJ. herrscht, insbesondere in der sächsischen Organisation, eine außerordentlich starke Rebellion und Empörung über die Politik des fortgesetzten Verrats der Interessen der Werktätigen durch die Führung der SPD. und SAJ. Diese wachsende Empörung und Rebellion versuchen die „linken" Führer in der Partei der SAJ., die Max Seydewitz, Zweiling, Böchel, Bielig abzudämpfen durch eine radikale Phraseologie, durch die sie die rebellierenden Mitglieder durch die Vorspiegelung einer scheinbar radikalen Oppositionspolitik gegen den Parteivorstand in der Partei und SAJ. zu halten versuchen. Bei der Abstimmung dieser „Linken" handelt es sich daher ebenfalls um ein Täuschungsmanöver, um die Rebellion der Mitglieder abzuschwächen.

Wenn ich deshalb als junger Sozialist den Schritt in die Reihen der einzig revolutionären Jugendorganisation tue, so rufe ich gleichzeitig unseren Kampfgenossen in der SPD. und SAJ., den ehrlichen zum Klassenkampf bereiten proletarischen Mitgliedern in diesen Reihen zu, meinem Beispiel zu folgen und ebenfalls entschlossen den Schritt in das revolutionäre Lager zu vollziehen. Die Frage steht jetzt: weiter in der SPD. und in der SAJ. bleiben und sich mitschuldig machen an der bürgerlichen und klassenfeindlichen Politik unserer bisherigen Führer oder endlich Schluß zu machen mit dieser Politik und sich einzugliedern in die Reihen der Kommunistischen Partei und des KJVD.

Ich rufe, euch, ehrliche, klassenbewußte Arbeiter in der SPD. und SAJ. aus dem revolutionären Lager zu:

Folgt meinem Beispiel! Schließt euch an!

Marschiert in Massen zu den vier Reichsjugendtagen der werktätigen Jugend Ostern 1931 in Jena, Berlin, Braunschweig und Frankfurt a. M. auf.

Zwickau, den 21. März 1931.

Martin Dölz, ehemaliger 1. Vorsitzender von Groß-Zwickau, 4½ Jahre Mitglied der SAJ., 1½ Jahre Mitglied der SPD.

„Von Bordeaux bis Odessa"!

Duisbergs Annexionsträume

In einer Kundgebung des bayerischen Industriellenverbandes am Dienstag in München hielt der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, ein Referat über „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie".

Zum deutsch-österreichischen Zollabkommen erklärte Duisberg u. a.: **„Zur endgültigen Regelung des europäischen Problems müsse ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux (!) bis Odessa (!) als Rückgrat Europas geschaffen werden. Die Völker Mitteleuropas hätten zu wählen zwischen Errichtung einer besseren Zukunft des Vertrauens zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenwärtigen Zerrissenheit, in der sie eine willkommene Angriffsfläche für fremde Rassen und fremde Mächte (hier kann nur die Sowjetunion gemeint sein!) bieten."**

★

Die Ausführungen Duisbergs entlarven den historischen Sinn des Wiener Protokolls. Die deutsche Bourgeoisie denkt gar nicht daran, wider den Stachel zu lecken. Wenn sie mit Oesterreich eine Zollunion abschließt, so nur im Rahmen des Versailler Systems, als Auftakt und Druckmittel zur Herstellung des von den Westmächten geführten „Wirtschaftsblocks von Bordeaux bis Odessa!"

Man beachte „bis Odessa"! — Der Herr Geheimrat scheint in der Geographie nicht recht bewandert zu sein. Sollte er nicht wissen, daß Odessa zur Sowjetunion gehört, und daß man einen Block von Bordeaux bis Odessa nur erstreben kann, wenn man einen kriegerischen Ueberfall auf die Sowjetunion beabsichtigt? Die deutschen Arbeiter werden sich das Geständnis Duisbergs merken!

Französischer Appetit

auf sowjetrussische Bestellungen

Der französische Senator Dalbiez (Herriot-Partei), der noch vor wenigen Monaten mit heftiger Leidenschaft in der Zeitung „Ere nouvelle" den Kreuzzug gegen die Sowjetunion predigte, singt nun in derselben Zeitung ein Loblied auf die Erfolge des Fünfjahrplans und zieht den Schluß, daß Frankreich ebenfalls nach den Ergebnissen der deutschen Industriellenreise den Handelsverkehr mit der Sowjetunion organisieren müsse.

Die „Kölnische Zeitung" versieht diese Meldung mit dem folgenden charakteristischen Kommentar:

„Auch in Deutschland wird man dieser Stimme, die deutlich verrät, daß **der Appetit französischer industrieller Kreise auf russische Bestellungen unter dem Eindruck des erfolgreichen** Besuchs deutscher Wirtschaftler in Moskau gewachsen ist, Aufmerksamkeit schenken müssen; denn gerade aus Frankreich kommen Ratschläge an Deutschland, sich das Russengeschäft mit allen politischen Folgen genau zu überlegen!! Zur selben Zeit aber ist man offenbar nicht abgeneigt, sich selbst für die Sache zu interessieren, wenn sich die Sicherung des Gewinns organisieren läßt."

Krisenziffern aus Amerika

Neuyork, 24. März. In dem mit dem Monat Januar endenden Jahre ging der Beschäftigungsgrad in den Vereinigten Staaten um 14 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum wurden die Löhne im Durchschnitt um 21 Prozent gesenkt, im besonderen in der Metallindustrie und im Bergbau um 41 Prozent, in der Stahlindustrie um 36 Prozent, in der Autoindustrie um 38 Prozent, in der Holzindustrie um 40 Prozent und in der Textilindustrie um 27 Prozent. Im Januar allein wurden in 335 Fällen Lohnherabsetzungen vorgenommen gegenüber 295 im ganzen Jahre 1930. Die Großhandelspreise sanken wohl um 17 Prozent in einem Jahre, im Kleinhandel aber gingen die Preise für Nahrungsmittel nur um 13 Prozent, für Kleidung nur um 5 Prozent, für Beleuchtung und Heizung nur um 2 Prozent und die Mieten nur um 3,5 Prozent zurück.

Gesteigerte Frühjahrsaussaat durch die Kollektivierung

Die landwirtschaftliche Tageszeitung der Sowjetunion „Sozialistitscheskoje Semledelia" (Sozialistisches Ackerwesen) vom 12. März bringt Einzelheiten der Vorbereitung der Frühjahrsaussaat in der Sowjetunion. Die Kollektivwirtschaften haben bereits alle Vorbereitungen getroffen durch Bildung von Stoßbrigaden, die nicht nur auf der eigenen Kollektivwirtschaft die Frühjahrskampagne durchführen werden, sondern auch auf den sich jetzt noch bildenden massenhaften neuen Kollektivwirtschaften und auf den Einzelwirtschaften der armen Bauern die Kampagne beschleunigen werden. Traktoren gehen jetzt massenhaft in die Kollektivwirtschaften.

Aus Tiflis wird gemeldet, daß 500 Traktoren für die Maschinen-Traktoren-Stationen des Kaukasus angekommen sind und gleich ihre Tätigkeit aufnehmen werden.

Im Süden hat die Aussaat begonnen. Die Kollektivwirtschaft „Krasny Chutorok" (Roter Schweizer) hat die Aussaat beendet. Ueberall sind die Vorbereitungen im Gange, die Frühjahrsmesse in größerem Umfange durchzuführen.

Rückgang der Stahlproduktion in USA.

Der Bericht der U. S. Steelkompagnie zeigt, daß der amerikanische Stahltrust im Durchschnitt des Jahres 1930 nur mit 65 Prozent seiner Kapazität beschäftigt war, im 4. Quartal nur mit 47,9 Prozent.

Die Leistungsfähigkeit für Stahl-, Walzwerks- und Fertigprodukte wird 1931 um 0,67 auf 18,37 Millionen Tonnen steigen, die für Rohstahl auf 26,08 Millionen Tonnen.

Die Nazis entlarven sich selbst

„Beseitigung des kapitalistischen Systems" — ein Schlagwort!

Im „Völkischen Beobachter", der nach einer Woche endlich die Sprache über den Uebertritt Scherings gefunden hat, kann man lesen (Nr. 83 vom 24. März): „Beseitigung des kapitalistischen Systems! Das ist seit Jahrzehnten und noch länger nicht viel mehr wie ein Schlagwort. Ein junger Soldat, der seit einem Jahr Politik treibt, kann das nicht wissen, oder, wenn er es weiß, dann will er es nicht glauben. Eben deshalb proklamiert er es um so lauter. Was praktisch dabei herauskommt, muß er erst noch kennen lernen." Eine bessere Bestätigung der Erkenntnis Scherings, daß die

Nazipartei eine Partei zur Erhaltung und Verteidigung des kapitalistischen Systems

ist, konnte vom „Völkischen Beobachter" nicht geliefert werden. Wie lange wird diese Partei der Hitler und Goebbels noch Werktätige irreführen und betrügen können.

Ihre einzige Waffe:

Dreck und Verleumdung

Die „Volkswacht" sieht sich nach langem Schweigen endlich genötigt, zu dem Uebertritt des SPD.-Redakteurs Genossen Paul Döring zur Kommunistischen Partei etwas zu sagen. Wie nicht anders zu erwarten, antwortet sie auf die politische Erklärung des Genossen Döring mit einer Schlammflut von Lügen und Verleumdungen, die aber selbst in ihrer Fassung deutlich erkennen lassen, daß sie nichts als Verlegenheitsgestammel sind. Wir veröffentlichen heute an anderer Stelle eine Erklärung des Genossen Döring zu seinem Uebertritt aus der Panzerkreuzerpartei zur revolutionären Front. Die ehrlichen Arbeiter und Werktätigen haben mit der SPD.-Bürokratie nichts gemein, und sie werden, wenn sie, wie Genosse Döring, Gelegenheit hätten, hinter die Kulissen dieser Bonzokratie zu schauen, diese Partei mit Ekel und Abscheu verlassen.

Die werktätigen Massen sind es längst gewöhnt, daß jeder, der die Panzerkreuzerpartei verläßt und zur revolutionären Front kommt, mit Dreck und Verleumdung von der SPD.-Presse überschüttet wird. Aber solche Ablenkungsmanöver können die Tatsache nicht verschleiern, daß die SPD. die Brüning-Regierung stützt und den Steuerraub und Zollwucher, daß sie den Lohnraub durchführt und den Massen beim Kampf in den Rücken fällt, daß sie Streikbrecher organisiert und den Erwerbslosen und Opfern des Krieges und der Arbeit die Hungerunterstützung raubt, daß sie der Bourgeoisie Panzerkreuzer baut und Millionen Steuergeschenke macht, daß sie die Sprache des Krieges, die Sprache von 1914 redet und Burgfrieden schließt mit den faschistischen und imperialistischen Kriegshetzern.

Das sind, ihr Herren von der „Volkswacht", die Anklagen, die die proletarischen Mitglieder, die die werktätigen Massen gegen euch erheben. Von denen wascht euch rein, dazu äußert euch, ihr Dreckfinken!

Faschismus im Provinziallandtag

Linke SPD. und Nazi verschärfen die Geschäftsordnung und verhindern Beratung kommunistischer Anträge

Gestern trat der Provinziallandtag wieder zusammen, und seine erste „Tat" war, auch dieses Parlament, soweit man bei dieser Institution überhaupt von Parlament reden kann, der veränderten politischen Situation anzupassen, das heißt, dem Faschismus anzupassen. Einmütig stimmten „linke" SPD.er und Nazis einer Verschärfung der Geschäftsordnung zu. Nachdem das im Reichstag geschehen ist, durfte natürlich der Provinziallandtag nicht zurückbleiben.

Unser Genosse Malzer-Waldenburg prangerte insbesondere das Verhalten der SPD. an, die sich auch hier wieder als Wegbereiter des Faschismus erweist, während sie immer noch nach außen hin den Schein aufrechterhalten sucht, Gegner des Faschismus zu sein.

Dieselbe Einheitsfront von SPD. bis Nazis verhinderte auch die Beratung einer Reihe kommunistischer Anträge, indem sie unserer Fraktion die Unterstützung versagten bei der Aufbringung der erforderlichen Stimmen für die Beratung. Das Verbrecherische dieses Treibens erhellt aus dem Inhalt dieser Anträge.

Unsere Genossen forderten zunächst die Herabsetzung der Arbeitszeit für Arbeiter, Angestellte und Beamte auf sieben Stunden täglich ohne Lohnausfall, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Sie forderten weiter die Herabsetzung der hohen Gehälter und ihre Begrenzung auf höchstens 6000 Mark im Jahre.

Am empörendsten aber muß die Verhinderung der folgenden zwei Anträge wirken. Seit Wochen werden unseren Genossen im Lande die Säle von den Gastwirten entweder ganz verweigert oder nur unter unmöglich zu erfüllenden Bedingungen zur Verfügung gestellt. Den Wirten ist nämlich durch die Amtsvorsteher eine Verfügung der Amtsvorsteher zugegangen, die ihnen mit Entziehung der Konzession droht, wenn sie der KPD. die Säle hergeben.

Der letzte Antrag richtete sich gegen den Stahlhelmaufmarsch am 21. März. Auch die SPD.-Arbeiter empfinden diesen Aufmarsch als eine Provokation. Der kommunistische Antrag verlangte die Umwandlung an die amtlichen Stellen, diesen Verbündeten der braunen Mordpest keine staatlichen und kommunalen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Zeigte sich schon hier die offene Unterstützung des Faschismus, so wurde diese Tatsache zuletzt noch unterstrichen durch die Verhinderung der Beratung einer kommunistischen Protestentschließung gegen die Brüningschen Notverordnungen. Wir werden auf dieses Verhalten noch in einem besonderen Artikel zurückkommen.

29. März: Landarbeiterkonferenzen

Hirschberg: Meldung um 9 Uhr vormittags bei Adolf, Aeußere Burgstraße 3.

Haussung: Lokal „Grüner Baum", Dorfstraße, 10 Uhr früh.

Habelschwerdt (29. März): „Goldene Sonne", 9.30 Uhr vormittags.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen! Wählt Delegierte! Entsendet eure Vertrauensleute zu diesen Konferenzen!

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit

Christ-Brot essen

Städt. Sparkasse zu Breslau

LIEBICH

Täglich 8.15 Sonntag 4.30 und 8.15

Nur noch wenige Tage

NONI

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonntag, d. 22. 3. bis Sonnabend, 28. 3., 20.15 Uhr
Der Lügner und die Nonne
Sonntag, 29. 3., 15.30 Uhr
Roxy
Sonntag, 29. 3., 20.15 Uhr und Montag, 30. 3., 20.15 Uhr
Der Lügner und die Nonne

Thalia-Theater
Von Sonntag, d. 22. 3., bis bis Sonnabd. 28. 3. 20.15 Uhr
Emilia Galotti
Sonntag, 29. 3., 20.15 Uhr
Die spanische Fliege
Sonntag, 29. 3., 20.15 Uhr und Montag, 30. 3., 20.15 Uhr
Emilia Galotti

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Donnerstag, den 26. März, 20.15 Uhr
16. Abonnements-Vorstellung D
Casparone
Freitag, den 27. März, 20.15 Uhr
Madame Sans-Gêne
Sonnabend, den 28. März, 19.30 Uhr
Die große Unbekannte
Sonntag, den 29. März, 15 Uhr
Die Zauberflöte
20.15 Uhr
Casparone

Tausche
2fenstrige, helle Stube, im 1. Stock gegen eine größere Wohnung. Näh. Michaelisstr. Off. u. **Z. 100** an die Expedition dies. Zeitg.

Wer hat Bargeld?
7teil. echtes Eichen-Schlafzimmer, 180 cm breit, Schrank mit geschliff. Spiegel, sowie echtem weiß Marmor nur M. 415.—. Briefe unter „Möbelhandlung". a. d. Ztg.

Reinhold Weise Schießwerderstraße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik Gaststätte

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof

Bieten an vom Faß:

Breslauer	32%	= 2.65
Weinbrand-Verschnitt	38%	= 3.46
Weinbrand echt	38%	= 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein		
Jam.-Rum-Verschnitt		3.60

Weine u. Obstweine v. Faß

Apfelwein süß	per Liter	0.65
Heidelbeerwein süß	„ „	0.65
Johannisbeerwein süß	„ „	0.75
Rot- und Rheinwein	„ „	0.90
Muskateller	„ „	1.00
Wermutwein	„ „	1.00
Tarragona	„ „	1.20
Malaga	„ „	1.30
Ungar. Süßwein	„ „	1.50
96% Prima Sprit	„ „	7.00
Gebirgshimbeersaft	per Liter	1.20

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Goldwasser, Bitterorange, Crème de Cacao, Stonsdorfer, Altasch Pfeffermünz, Rose, Prünelle, Sherry Brandy, Kurfürstl. Magen, Kalb und Hals etc.
30% Mk. **3.10** 85% Mk. **3.60**

Billig!
Kabeljau .... **29** ₰
Seelachs ....
Cotelettes ..... **58** ₰
Prachtvolle Sprotten **12** ₰
¼ Pfund nur

Nordsee
Breslauer Filchhallen
Bohrauer Str. 2 — Schmiedebrücke 19 u. 59
Neue Schweidnitzer Straße 10
Andersenstraße 2 — Gräbschener Str. 6

Vor Einkauf von
Möbeln u. Stühlen aller Art
vom einfachsten bis zum gediegensten Genre besichtigen Sie bitte völlig unverbindlich unser reichhaltig. Fabriklager! Sie werden dort bestens und billigst bedient. Teilz. gestattet.
Biener & Dührig, Breslau
Stühle u. Möbel en detail, en gros
Geschäft: Klosterstr. 30—32
Fabriklager: Weinbergsweg 18/20

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Für **Breslau / Gleiwitz Liegnitz / Glogau**
suchen wir tüchtige
Abonnentenwerber
für den
Arbeiter-Sender
Geeigneten Personen bietet sich durch intensives Arbeiten nachweisbar guter Nebenverdienst. Hohe Provisionen. — Angebote sofort erbeten an
Arbeiter-Sender G. m. b. H.
Berlin SW 48, Hedemannstr. 13

Wenn Schmerzen Sie verfolgen
wie Ihr eigener Schatten
wenn
Ischias, Rheuma, Gicht, Nerven- oder Muskelschmerzen
mit fürchterlichen Qualen an die Gefahren der Krankheit mahnen, dann ist es höchste Zeit, etwas für die Gesundheit zu tun.

Der Sprung über den verhaßten Schatten glückt
wenn Sie unser unvergleichliches, ärztlich empfohlenes „Rheuma-Präparat" nehmen.
(Best.: Aspiphen. Ac. phenyl. chin. Calc. glycer. phosph. natr. glucon. iod.)

Vorbei sind die Tage des Leidens; Jugend, Frische und Leistungsfähigkeit kehren schnell zurück. Angeregt durch die heilsame Wirkung kann sich der schmerzbefreite Körper wieder selbst durch ungehemmte natürliche Bewegung gegen die im Blut befindlichen Feinde wehren, Zersetzungsschlacken und Harnsäure-Rückstände aus eigener Kraft ausscheiden. Machen Sie einen Versuch, noch heute. Der Frühling, die Zeit des neuen Säfteaufbaues ist dazu denkbar günstig.

Unser Präparat ist giftfrei, vollkommen unschädlich, von Autoritäten glänzend begutachtet und bequem in Kapseln einzunehmen. Begeisterte Dankschreiben solcher, die von ihrem Leiden gänzlich befreit wurden, liegen vor. Aerztliche Literatur gratis.

Versand des Präparates (Mk. 5.50) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versandapotheke

F. FRIEDEMANN, Rheuma-Bad, AACHEN, (C 205) Harscampstr. 51

In dieser Woche:
Reste
★
Reste von:

Hemdenstoff u. Linon in erstklassig. Qual., je nach Qual., i. Rest. m . 88, 68, 38 — 26 ₰
Züchenstoffe wascheechte vorzügliche Qualität, Deckbettbr. m 80 Pf, Kissenbreite . . . . . m — 49 ₰
Damast u. Wallis schöne Muster Deckbettbreite . m 1,85 1,45 Kissenbreite . . . . m 85 — 85 ₰
Deckbett - Linon 130 cm breit vorzügl. Qual., i. Rest . m — 92 ₰
Lakendoulas u. Kreas 150 u. 130 cm breit, schwere Qualität, je nach Qualität und Breite . . . . . m 1,78 — 85 ₰
Oxford für Männerhemden, im Rest m 88, 68 — 39 ₰
Lakenrohnessel 140 cm breit in Längen von zirka 2 bis 2¼ m . . . . . m — 78 ₰
Bettinlett nur Kissenbreit, in gut. federd. rote Köperqualität . . . m — 95 ₰
Große Handtuchstoff-Reste z. T. ges. u. geb. zirk. 45 100 cm u. länger . . Stück — 29 ₰
Gesichts- u. Küchen-Handtuch-Reste halb- u. reinlein. Qualität mit kleinen Schönheitsfehlern . . . . Stück — 65 ₰
Weiße Damast-Tischtücher etwas angestaut, Gr. 130 160 cm, in modernen Mustern und kräftig . . . . . Stück — 2.85
Querbehänge Madras und Tüll usw. zum Teil m. Volant u. Franze bis 2 m lang, mit klein. Webefehlern, je nach Qualität Stück 1,95, 1,45, 85 — 45 ₰
Kleine Fabrik-Reste in Etamine, weiß u. farb. Voile sowie gew. Tüll, zum Teil mit Volant . . . . . Stück 18, — 10 ₰
Rolleauköper-Reste zirka 60/130 u. 60/80 cm gr. bekurb. u. ges. Stück 1,25, 75 65 — 35 ₰
Gardinenflügel gewebt. Tüll sowie Madras mit kl. Fehlern, je nach Qual und Größe . Stück 1,95, 1,25, 85 — 50 ₰
Küchenkattun-Reste ca. 80 cm breit mit Kante, mit klein. Fabrikfehlern i. Rest m. — 48 ₰
Wachstuch-Reste auf Barchentrück., je nach Größe . . Stück 85, 65, 45 — 25 ₰
Trikot Reste Zum Ausbessern von Sommer u. Winter-Trikotagen je nach Größe und Qualität Stück 35, 25, 15 — 8 ₰
Duchess-Reste kunstseidene, glattfarbige, f. gute Kostüm- und Mantelfutter, im Rest . . . . . m 1,45 — 1.25
Futterserge 140 cm breite, schwarze u. graue für Herrenanzüge im Rest m — 1.45
Waschmusseline 80 cm breit, 2 bis 4 m lang im Rest . . . . . m — 58 ₰
Wollmusseline riesige Musterauswahl i. Rest m 1,25, 95 — 75 ₰
Kleidervelour gute und schwerste Qualität in Resten . . . . m 65, 58 — 48 ₰
Waschkunstseiden Bedruckt, in herrlich. Mustern auch schwarz und dunkelgem. im Rest . . . . . m 84 — 45 ₰
Sportflanelle gestreifte u. feine Phantasiemuster, 70 und 80 cm breit m 68 — 48 ₰
Kleiderzephir in riesiger Musterauswahl im Rest . . . . . m 48 — 35 ₰
Schürzenleinen-Reste 118 cm breit, schwer, im Rest m 1,05 — 88 ₰
Blaudruck im Rest . . . . . m — 95 ₰
Herrliche **Trachtenstoff-Reste** farbenprächtige Muster, teilweise m. kleinen Druckfehlern im Rest . . . . . m 78 — 65 ₰

Messow Waldschmidt
Schmiedebrücke